Lagebericht zum Jahresabschluss 2008 der Stadt Bergisch Gladbach

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Allgemeine Angaben	3
2.	Ergebnisse des Jahresabschlusses – Aussagen zur Haushaltswirtschaft	4
2.1	Vermögen und Schulden	4
2.2	Jahresergebnis und Entwicklung der Rücklagen	5
2.3	Ein- / Auszahlungen, Investitionen und Finanzierung	5
2.4	Stellenplan und Personalsituation	7
2.5	Fazit der Haushaltsführung 2008	8
3.	Vorgänge von besonderer Bedeutung	8
4.	Analyse der Jahresabschlussdaten – Vergleich zum Haushaltsansatz	10
4.1	Betrachtung der Bilanz unter Liquiditätsgesichtspunkten	10
4.2	Detailanalyse von Aktiva und Passiva der Bilanz	12
4.3	Ertragsrechnung im Vergleich zum fortgeschriebenen Haushaltsansatz	20
4.4	Daten der Finanzrechnung	25
4.5	Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	29
5.	Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen	37
6.	Organe und Mitgliedschaften nach § 95 Abs. 2 GO NRW	39

1. Allgemeine Angaben

Jeder Jahresabschluss nach § 37 (1) GemHVO ist durch einen Lagebericht entsprechend den Regelungen des § 48 GemHVO zu ergänzen. Dabei ist der Lagebericht nicht originärer Bestandteil des Jahresabschlusses, sondern ein eigenständiges Instrument (§ 37 (2) GemHVO), welches dem Leser helfen soll sich ein umfassendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage zu verschaffen. Dazu gehören z. B.:

- Darstellung wesentlicher haushaltswirtschaftlicher Vorgänge im Bilanzjahr,
- Aufzeigen der Vermögens- und Schuldenstruktur bzw. deren Entwicklung,
- Analyse der Ertrags- und Finanzrechnung sowie
- Aufzeigen der Chancen und Risiken zukünftiger Haushalte.

Inhalt und Umfang des Lageberichtes sind nicht kodifiziert. Es steht den Kommunen frei neben der rein finanzwirtschaftlichen Betrachtungsweise auch nicht-finanzielle Leistungsindikatoren in den Lagebericht mit aufzunehmen, die im Rahmen der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung als wesentlich angesehen werden. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch wenn diese erst nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist in angemessener Weise zu berichten (§ 48, Satz 3 GemHVO).

Der Lagebericht soll neben einer Darstellung und Analyse der wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses auch Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Jahres geben (§ 48, Satz 2 GemHVO) und die Entwicklung der kommunalen Finanzen aufzeigen. In die Analyse sind Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produktgruppen (§ 12 GemHVO) einzubeziehen und im Zusammenhang mit den, im Jahresabschluss ermittelten Ergebnissen zu erläutern (§ 48, Satz 5 GemHVO).

Insgesamt ist der Lagebericht so abzufassen, dass dieser ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt. Kriterien für die Berichterstattung bilden allgemeine Grundsätze der Rechnungslegung, wonach der Lagebericht vollständig, wahr und klar, dabei aber auch übersichtlich und stetig sein soll. Vollständigkeit ist hierbei im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Wesentlichkeit zu sehen d. h., die Berichterstattung soll sich auf Sachverhalte konzentrieren, die von quantitativer und qualitativer Bedeutung für die Stadt sind.

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Stadt Bergisch Gladbach werden auch einige der, von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für interkommunale Vergleiche entwickelten Kennzahlen (NKF-Kennzahlenset) herangezogen. Als Grundlage dient das aufbereitete Zahlenmaterial aus der Bilanz und der Ergebnis-/Finanzrechnung.

Am Schluss des Lageberichtes sind gemäß § 95 (2) GO NRW für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes sowie für die Ratsmitglieder Angaben zu dem ausgeübten Beruf sowie bestehende Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und Organen oder vergleichbaren Kontrollgremien aufgeführt.

2. Ergebnisse des Jahresabschlusses – Aussagen zur Haushaltswirtschaft

Im Zuge des Jahresabschlusses ist auch Rechenschaft für das abgelaufene Haushaltsjahr 2008 abzulegen und darzustellen, dass die Stadt Bergisch Gladbach die allgemeinen Haushaltsgrundsätze nach § 75 GO NRW eingehalten hat (§ 48, Satz 1 GemHVO).

Der Nachweis wird anhand der folgenden Ausführungen erbracht.

2.1 Vermögen und Schulden

Für das Haushaltsjahr 2008 ist bei einer Bilanzsumme von rd. 703,7 Mio. € nahezu eine Gleichverteilung zwischen dem Sachanlagevermögen zuzüglich der investiven Teile der aktiven Rechnungsabgrenzung und dem Finanzanlagevermögen festzustellen. Damit dominiert in kommunaltypischer Weise das Anlagevermögen (einschließlich investiver Rechnungsabgrenzungsposten) mit einem Volumen von 666,8 Mio. € zu rd. 95 % die Aktivseite der städtischen Bilanz. Das Umlaufvermögen ist mit 32,9 Mio. € von nachrangiger Bedeutung.

Bilanzposten	**Wert 01.01.2008**	**% Bilanzsumme**	**Wert 31.12.2008**	**% Bilanzsumme**
Sachanlagen + immat. Vermögen	305,4 Mio. €	43,6 %	304,5 Mio. €	43,3 %
investive aktive RAP	31,7 Mio. €	4,5 %	30,6 Mio. €	4,3 %
Finanzanlagen	333,2 Mio. €	47,5 %	331,7 Mio. €	47,1 %
Anlagevermögen (fiktiv)	670,3 Mio. €	95,6 %	666,8 Mio. €	94,7 %
Umlaufvermögen	28,1 Mio. €	4,0 %	32,9 Mio. €	4,7 %
sonstige aktive RAP	3,0 Mio. €	0,4 %	4,0 Mio. €	0,6 %
Bilanzsumme	701,5 Mio. €	100,0 %	703,7 Mio. €	100,0 %

Auf der Passivseite der Bilanz ist die Art und Weise der Finanzierung des städtischen Vermögens erkennbar. Neben dem Eigenkapital (nach Verrechnung Jahresergebnis) und den Sonderposten gehören hierher die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Aus dem Vergleich zu den Ausgangswerten der Eröffnungsbilanz sind strukturelle Veränderungen in der Finanzierung erkennbar.

Bilanzposten	**Wert 01.01.2008**	**% Bilanzsumme**	**Wert 31.12.2008**	**% Bilanzsumme**
Eigenkapital	318,3 Mio. €	45,4 %	316,5 Mio. €	45,0 %
Sonderposten	91,8 Mio. €	13,1 %	88,7 Mio. €	12,6 %
investive passive RAP	17,1 Mio. €	2,4 %	16,6 Mio. €	2,4 %
Rückstellungen	115,7 Mio. €	16,5 %	118,1 Mio. €	16,8 %
Verbindlichkeiten	153,5 Mio. €	21,9 %	157,9 Mio.€	22,4 %
sonstige passive RAP	5,1 Mio. €	0,7 %	5,9 Mio. €	0,8 %
Bilanzsumme	701,5 Mio. €	100,0 %	703,7 Mio. €	100 %

2.2 Jahresergebnis und Entwicklung der Rücklagen

Die Gesamtergebnisrechnung des hier vorliegenden Jahresabschlusses 2008 endet mit -1,8 Mio. € um rd. 9,3 Mio. € positiver als nach den bisherigen Planungen und Hochrechnungen zu erwarten war.

Ob auch für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ein solches „positives" Ergebnis erreicht wird, kann derzeit seriös nicht angegeben werden, weil nach den Regelungen der Doppik viele nicht zahlungswirksame Vorgänge im Rahmen des Jahresabschlusses zu berücksichtigen sind, deren Auswirkungen sich erst bei der Aufstellung der Bilanz und der Ergebnisrechnung zeigen (z. B. Auflösung / Inanspruchnahme oder Zuführung von Rückstellungen).

Bisher bestehende Planungen sehen folgende Entwicklung des kommunalen Haushalts voraus:

Haushaltsjahr	**2008**		**2009**	**2010**	**2011**	**2012**
	fort. Plan	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan
Erträge	190 Mio. €	201 Mio. €	198 Mio. €	180 Mio. €	190 Mio. €	197 Mio. €
Aufwendungen	-201 Mio. €	-203 Mio. €	-211 Mio. €	-214 Mio. €	-218 Mio. €	-223 Mio. €
Jahresergebnis	-11 Mio. €	-2 Mio. €	-13 Mio. €	-34 Mio. €	-28 Mio. €	-26 Mio. €
Ausgleichsrücklage						
Anfangsbestand	45 Mio. €	45 Mio. €	43 Mio. €	30 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €
Minderung	-11 Mio. €	-2 Mio. €	-13 Mio. €	-34 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €
Mehrung	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €
Schlussbestand	**34 Mio. €**	**43 Mio. €**	**30 Mio. €**	**-4 Mio. €**	**0 Mio. €**	**0 Mio. €**
Allgemeine Rücklage						
Anfangsbestand	274 Mio. €	274 Mio. €	274 Mio. €	274 Mio. €	270 Mio. €	242 Mio. €
Minderung	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	-4 Mio. €	-28 Mio. €	-26 Mio. €
Minderung in %	0 %	0 %	0 %	-1,5 %	-10,4 %	-10,6 %
Mehrung	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €	0 Mio. €
Schlussbestand	**274 Mio. €**	**274 Mio. €**	**274 Mio. €**	**270 Mio. €**	**242 Mio. €**	**216 Mio. €**
Schlussfolgerung						
Haushaltsausgleich?	ja	ja	ja	ja (fiktiv)	ja (fiktiv)	ja (fiktiv)
Haushaltssicherung?	nein	nein	nein	nein	ja	ja

2.3 Ein- / Auszahlungen, Investitionen und Finanzierung

Die Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2008 lassen sich anhand der Finanzrechnung differenziert nach Konsumtion, Investition und Finanzierung aufzeigen.

Konsumtiver Teil der Finanzrechnung

Bezeichnung	Originalansatz	Fortgeschr. Ansatz	Ergebnis
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187,9 Mio. €	187,9 Mio. €	210,8 Mio. €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 190,2 Mio. €	- 190,2 Mio. €	- 202,2 Mio. €
Saldo	- 2,3 Mio. €	- 2,3 Mio. €	+ 8,6 Mio. €

Als Saldo der reinen Verwaltungstätigkeit verbleibt ein Überschuss von 8,6 Mio. € im Jahr 2008.

Investiver Teil der Finanzrechnung

Bezeichnung	Originalansatz	Fortgeschr. Ansatz	Ergebnis
Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten	11,3 Mio. €	11,3 Mio. €	5,6 Mio. €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	16,0 Mio. €	16,0 Mio. €	9,0 Mio. €
Saldo	- 4,7 Mio. €	- 4,7 Mio. €	-3,4 Mio. €

Die Auszahlungen für Investitionen sind zwangsläufig höher als die Einzahlungen, da es eine Förderung größer 100 % der Investitionssumme nicht gibt. Auf vorstehender Basis betrug die durchschnittliche Förderquote des Jahres 2008 rd. 62 %.

Der Rat hat die Wertgrenze (§ 4 (4) GemHVO), ab der die Investitionen im Haushaltsplan dezidiert aufgeführt werden müssen auf 0,1 Mio. € für Baumaßnahmen und 0,05 Mio. € für „mobile" Vermögensgegenstände festgelegt. Insoweit wird auf den Haushaltsplan des Jahres 2008 verwiesen.

Aus den Haushaltsplänen der Jahre 2008-2011 lassen sich folgende meldepflichtigen, investiven Einzel-Maßnahmen ableiten und in Gruppen zusammenfassen:

Investitionsobjekte	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011
Regionale 2010	0,8 Mill. €	10,0 Mill. €	6,0 Mill. €	2,1 Mill. €
Grünflächen / Friedhöfe	0,4 Mill. €	0,4 Mill. €	0,6 Mill. €	0,2 Mill. €
Sportplätze		1,0 Mill. €		1,2 Mill. €
Schulgebäude	2,1 Mill. €	0,2 Mill. €		
Straßenbau / Infrastruktur	4,2 Mill. €	3,3 Mill. €	1,7 Mill. €	11,9 Mill. €
Fahrzeuge (Feuerwehr/Rettung)	1,0 Mill. €	1,1 Mill. €	0,7 Mill. €	0,4 Mill. €
BuG	0,6 Mill. €	0,2 Mill. €	0,1 Mill. €	0,1 Mill. €
Gesamt	9,1 Mill. €	16,2 Mill. €	9,0 Mill. €	15,9 Mill. €

Die konsumtiven und investiven Auszahlungen mussten in Teilen fremdfinanziert werden, wie die nachstehenden Daten zeigen.

Finanzierungen

Bezeichnung	Originalansatz	Fortgeschr. Ansatz	Ergebnis
Aufnahme u. Rückflüsse von Darlehen	4,8 Mio. €	0,3 Mio. €	5,0 Mio. €
Aufnahme von Liquiditätskrediten			61,1 Mio. €
Tilgung u. Gewährung von Darlehen	- 6,5 Mio. €	- 6,5 Mio. €	- 6,7 Mio. €
Tilgung von Liquiditätskrediten	0	0	- 55,1 Mio. €
Saldo	- 1,7 Mio. €	- 6,2 Mio. €	4,3 Mio. €

Die Gesamtentwicklung der Haushalts- und Finanzlage der Stadt Bergisch Gladbach ist nachstehend abzulesen.

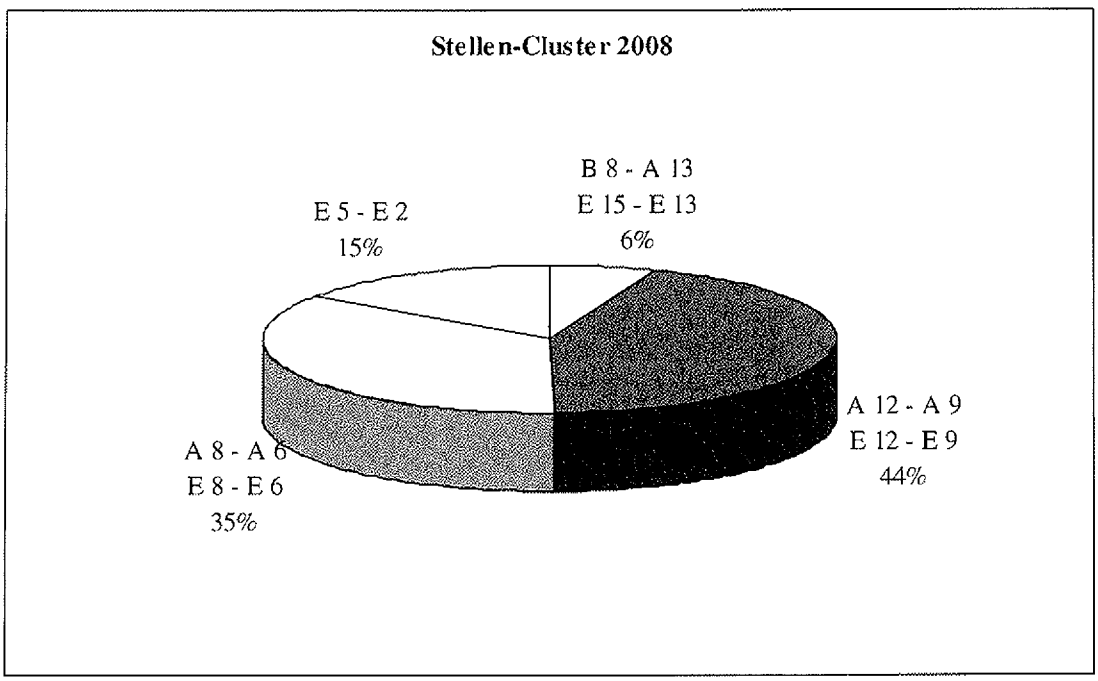
Bezeichnung	Originalansatz	Fortgeschr. Ansatz	Ergebnis
Saldo konsumtiv	- 2,3 Mio. €	- 2,3 Mio. €	8,6 Mio. €
Saldo investiv	- 4,7 Mio. €	- 4,7 Mio. €	- 3,4 Mio. €
Finanzmittelbedarf / -überschuss	- 7,0 Mio. €	- 7,0 Mio. €	5,2 Mio. €
Saldo Finanzierungen	- 1,7 Mio. €	- 6,2 Mio. €	4,3 Mio. €
Änderung Bestand eigene Finanzmittel	- 8,7 Mio. €	- 13,2 Mio. €	9,5 Mio. €
Anfangsbestand Finanzmittel *)	- €	- €	6,2 Mio. €
Liquide Mittel		-13,2 Mio. €	15,7 Mio. €
davon Bestand an fremden Finanzmitteln			- 4,7 Mio. €
Eigene liquide Mittel		-13,2 Mio. €	11,0 Mio. €

*) Wegen der Abweichung ggü. Ausweis in EÖB 01.01.2008 siehe Punkt 4.4

2.4 Stellenplan und Personalsituation

Im Bereich der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach (einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sowie verbundenen Unternehmen) waren für das Jahr 2008 1.032 Stellen vorgesehen, davon 303 Stellen für Beamte und 729 Stellen für tariflich Beschäftigte. Per 30.06.2008 waren 279 der Beamtenstellen und 712 Stellen der tariflich Beschäftigten besetzt.

Die Verteilung der Stellen nach Vergütungsgruppen zeigt nachfolgende Grafik.



Hinweis: Die Berechnung durchschnittlicher (gruppenweiser) Personalkosten ist an dieser Stelle nicht möglich, weil im Stellenplan auch ausgelagerte Stellen enthalten sind (Beschäftigte im Sondervermögen etc.) und die besetzten aber ausgesonderten Stellen nicht zu isolieren sind. Die Personalkosten der Aufwands- und Ertragsrechnung enthalten aber nur die Vergütungen für Beamte und tariflich Beschäftige des Kernhaushalts.

2.5 Fazit der Haushaltsführung 2008

Der Stadt Bergisch Gladbach ist es auch im Zeichen des Neuen Kommunalen Finanzmanagement in 2008 nicht gelungen, die Schere zwischen Ein- und Auszahlungen bzw. Erträgen und Aufwendungen zu schließen. Dabei sind viele Teile der Haushaltsprobleme nicht hausgemacht, sondern lassen sich auf die seit Jahren bestehenden strukturellen Benachteiligungen der kommunalen Haushalte zurückführen. Insoweit steht die Stadt in einer Reihe mit vielen anderen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Auch wenn der städtische Haushalt für 2008 durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage als ausgeglichen im Sinne des § 75 GO NRW gilt - das Ergebnis sogar besser ausgefallen ist, als bei Aufstellung des Haushalts 2008 erwartet werden durfte - so ist trotzdem nicht zu verkennen, dass die Stadt ein gewaltiges Finanzproblem vor sich herschiebt. Die Gesamtverbindlichkeiten der Stadt betrugen Ende des Jahres 2008 157,8 Mio. € (01.01.2008: 153,6 Mio. €) darunter befanden sich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Volumen von 125,2 Mio. € (01.01.2008: 121,9 Mio. €). Daraus resultiert ein Zinsaufwand im Abschluss 2008 in Höhe von 7,3 Mio. €. Der Trend einer steigenden Verschuldung, verbunden mit zunehmenden Zinsbelastungen des Haushalts wird nach derzeitigen Kenntnissen in den nächsten Jahren anhalten.

Auch bei Wiedereinsetzen der konjunkturellen Dynamik und verbesserten Steuereinnahmen kann keine spürbare Erholung der städtischen Finanzlage in den kommenden Jahren erwartet werden. Deshalb sind massive Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um die Gefahr abzuwenden, dass die Stadt Bergisch Gladbach in eine, aus eigener Kraft nicht mehr beherrschbare Finanzsituation gerät, die zum Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit führen kann.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Das Jahr 2008 war als erstes Jahr der neuen Rechnungslegung von der Umstellung und erstmaligen Anwendung des doppischen Buchungsverfahrens im Bereich des Kernhaushalts geprägt. Parallel zur Umstellung des Rechnungswesens war vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entschieden worden die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „GL-Kultur", „Stadtgrün" und „Verkehrsflächen" zum 01.01.2008 wieder in den Kernhauhalt aufzunehmen und damit deren bisherige Rechnungslegung nach HGB aufzugeben.

Der Gesamt-Prozess der Umstellung verlief, wie in vielen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen, auch in Bergisch Gladbach nicht ohne Friktionen. Hierzu gehörte auch die relativ späte Vorlage der Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 und ihre Verabschiedung im Rat der Stadt Bergisch Gladbach Anfang 2010. Es bleibt abzuwarten, welche Hindernisse und Probleme im Zuge der Aufstellung des Gesamtabschlusses (Konzernrechnungslegung) demnächst auftreten werden.

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement und die daraus folgende Verpflichtung eine Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2008 aufzustellen, hatte aber auch temporär positive Effekte. Die Stadt Bergisch Gladbach musste erstmals seit 2003 für das Haushaltsjahr 2008 kein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NRW aufstellen, weil abzusehen war, dass der geplante Haushalts-Fehlbedarf in Höhe von -11,1 Mio. € durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage (44,7 Mio. €) abzudecken sein würde. Es bestand daher für 2008 nur eine Anzeigepflicht der Haushaltssatzung gemäß § 80 (5) GO NRW gegenüber dem Rheinisch-Bergischen Kreis als Kommunalaufsichtsbehörde.

Auch für das Haushaltsjahr 2009 konnte der geplante Fehlbedarf (-13,2 Mio. €) noch durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Allerdings sah sich der Kämmerer im Jahresverlauf genötigt wegen der Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich im Verlauf des Jahres insbesondere bei den Prognosen zum gesamtwirtschaftlichen Steueraufkommen und damit bei den Einnahmen der städtischen Finanzen bemerkbar machte, eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu verhängen. Auf die Aufstellung eines Nachtragshaushalts wurde in Abstimmung mit der Aufsichtbehörde zwar verzichtet, es wurde aber nach den Regelungen des Nothaushaltsrechts gewirtschaftet.

In 2010 setzten sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für den Haushalt der Stadt weiter fort. Bei Aufstellung des Haushalts wurde eine Unterdeckung von -33,5 Mio. € angenommen (der fortgeschriebene Ansatz des Rechnungsjahres 2010 zeigt aktuell eine Unterdeckung von -37,5 Mio. €), damit war rechnerisch die Ausgleichsrücklage verbraucht. Der Haushaltsausgleich konnte nur durch Inanspruchnahme von Teilen der allgemeinen Rücklage dargestellt werden.

Nach der mittelfristigen Haushaltsplanung ist für 2011 und 2012 von einem weiteren Abbau der allgemeinen Rücklage auszugehen. Diese wird in den beiden Jahren jeweils um rd. 10 % abgeschmolzen, mit der Folge, dass die Stadt wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen muss. Zur Erinnerung: Ein Haushaltssicherungskonzept ist u. a. dann aufzustellen, wenn geplant ist, die allgemeine Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren um mehr als 1/20 zu verringern (§ 76 GO NRW). Das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2011 wurde vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 14.12.2010 in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2011 verabschiedet.

4. Analyse der Jahresabschlussdaten – Vergleich zum Haushaltsansatz

4.1 Betrachtung der Bilanz unter Liquiditätsgesichtspunkten

Die beiden bisher vorliegenden Bilanzen der Stadt für die Stichtage 01.01. und 31.12.2008 werden nachfolgend unter Liquiditätsgesichtspunkten dargestellt.

Bilanzposten	01.01.	%	31.12.	%	Veränderung	
	(Beträge in Mio. €)					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,5	0,1 %	0,6	0,1 %	0,1	0,0 %
Sachanlagen	304,9	43,5 %	303,9	43,2 %	-1,0	-0,3 %
Finanzanlagen	333,2	47,5 %	331,7	47,1 %	-1,5	-0,4 %
langfr. aktive RAP (KITA /OGATA)	31,7	4,5 %	30,6	4,3 %	-1,1	-0,2 %
Anlagevermögen (inkl. langfr. RAP)	670,3	95,6 %	666,8	94,8 %	-3,5	-0,8 %
Vorräte	0,1	0,0 %	0,1	0,0 %	0,0	0,0 %
Forderg. u. sonst. Vermögen	20,9	3,0 %	21,7	3,1 %	0,8	0,1 %
Aktive Rechnungsabgrenzung	3,0	0,4 %	4,0	0,6 %	1,0	0,1 %
Liquide Mittel	7,1	1,0 %	11,0	1,6 %	3,9	0,6 %
Umlaufvermögen (inkl. kurzfr. RAP)	31,1	4,4 %	36,8	5,2 %	5,7	0,8 %
Rundungsdifferenz	0,1	0,0 %	0,1	0,0 %	0,0	0,0 %
Vermögen – gesamt	701,5	100,0 %	703,7	100,0 %	2,2	0,0 %
Allgemeine Rücklage	273,6	39,0 %	273,6	38,9 %	0,0	-0,1 %
Ausgleichsrücklage	44,7	6,4 %	44,7	6,4 %	0,0	0,0 %
Jahresüberschuss /-fehlbetrag	0,0	0,0 %	-1,8	-0,3 %	-1,8	-0,3 %
Eigenkapital	318,3	45,4 %	316,5	45,0 %	-1,8	-0,4 %
Sonderposten für Zuwendungen	56,3	8,0 %	54,9	7,8 %	-1,4	-0,2 %
Sonderposten für Beiträge	32,7	4,7 %	30,8	4,4 %	-1,9	-0,3 %
Sonstige Sonderposten	2,3	0,3 %	2,5	0,4 %	0,2	0,0 %
Langfr. Sonderposten (nach NKF)	91,3	13,0 %	88,2	12,5 %	-3,1	-0,5 %
Wirtschaftliches Eigenkapital	409,6	58,4 %	404,7	57,5 %	-4,9	-0,9 %
Pensions- / Beihilfe-Rückstellungen	102,3	14,6 %	106,4	15,1 %	4,1	0,5 %
Übrige langfristige Rückstellungen	2,7	0,4 %	2,6	0,4 %	-0,1	0,0 %
Langfristige Verbindlichkeiten (> 5 Jahre)	42,7	6,1 %	45,8	6,5 %	3,1	0,4 %
langfristige passive Rechnungsabgrenzung	22,2	3,2 %	21,9	3,1 %	-0,3	-0,1 %
Langfr. Fremdkapital (inkl. langfr. PRAP)	169,9	24,2 %	176,7	25,1 %	6,8	0,9 %
Kurzfristige Rückstellungen	10,7	1,5 %	9,3	1,3 %	-1,5	-0,2 %
Kurzfristige Sonderposten	0,3	0,0 %	0,5	0,1 %	0,2	0,0 %
Mittelfristige Verbindlichkeiten	10,1	1,4 %	9,3	1,3 %	-0,8	-0,1 %
Kurzfristige Verbindlichkeiten	100,8	14,4 %	102,7	14,6 %	1,9	0,2 %
Übrige Passive Rechnungsabgrenzung	0,0	0,0 %	0,6	0,1 %	0,6	0,1 %
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	121,9	17,4 %	122,4	17,4 %	0,4	0,0 %
Rundungsdifferenz	0,1	0,0 %	-0,1	0,0 %	-0,2	0,0 %
Kapital - gesamt	701,5	100,0 %	703,7	100,0 %	2,1	0,0 %

Die Bilanzsumme erhöht sich per 31.12.2008 um 2,1 Mio. € auf 703,7 Mio. €. Dabei werden die Aktiva mit 666,8 Mio. € (94,8 % der Bilanzsumme) gegenüber 670,3 Mio. € (95,6 % - Eröffnungsbilanz 01.01.2008) weiterhin im Wesentlichen von dem originären Anlagevermögen und den langfristigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bestimmt. Das Anlagevermögen hat sich aufgrund von Zu-/Abgängen und Abschreiben um 3,5 Mio. € oder ~1% der Bilanzsumme vermindert. Als Gegenposten zur Finanzierung des Anlagevermögens stehen auf der Passivseite der Bilanz am 31.12.2008 langfristig verfügbare Mittel (wirtschaftliches Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital) von 581,4 Mio. € ~ 83 % zur Verfügung. Das Anlagevermögen ist damit zu 87 % durch langfristige Mittel finanziert. Damit liegt eine vergleichbare Finanzierungsstruktur wie am 01.01.2008 vor, allerdings hat sich das Verhältnis wirtschaftliches Eigenkapital – langfristiges Fremdkapital leicht zuungunsten des Ersteren verschoben.

Innerhalb des Anlagevermögens entfällt mit 331,7 Mio. € (~47%) der größere Anteil auf die Finanzanlagen. Die Veränderung im Ausweis gegenüber dem Ausgangswert der Eröffnungsbilanz ist mit einer Minderung von 1,5 Mio. € ohne größere Bedeutung, zumal es sich um planmäßige Tilgungen auf Ausleihungen der Stadt an Dritte und eine Umgruppierung von Finanzanlagen (Berufsschulverband) zur langfristigen aktiven Rechnungsabgrenzung handelt. Abgesehen davon kommt bei den Finanzanlagen auch die Ausgliederung wesentlicher Vermögensteile der Stadt in die eigenständigen Sondervermögen (Immobilienwirtschaft, Abwasserwerk sowie Abfallwirtschaft) zum Ausdruck.

Trotz der erwähnten Auslagerungen von gemeindlichen Vermögen in die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen verbleibt nach der derzeitigen Konstellation mit 303,9 Mio. € (~43%) noch ein hoher Anteil des Kapitals in Sachanlagen gebunden, die unmittelbar zur Erbringung kommunaler Leistungen eingesetzt werden. Der Vergleichswert 01.01.2008 lag bei 304,9 Mio. € (~43%). Das Umlaufvermögen bleibt mit einem Gesamtvolumen von 36,8 Mio. € ~ 5 % (zuvor 31,1 Mio. € ~ 4 %) von nachgeordneter Bedeutung.

Zum Stichtag der Eröffnungsbilanz 01.01.2008 konnte die Stadt Bergisch Gladbach ein bilanzielles Eigenkapital von 318,3 Mio. € ausweisen, dieses entsprach einer Eigenkapitalquote von ~ 45,38 %. Da mit dem ersten Jahresabschluss ein Verlust in Höhe von 1,8 Mio. € verbunden ist, vermindert sich das Eigenkapital – nach Verlustverrechnung - auf 316,5 Mio. €, bei nahezu konstanter Eigenkapitalquote (44,98 %).

Unter Hinzurechnung der, nach NKF-Kennzahl-Definition langfristigen Sonderposten (mit Eigenkapitalcharakter), vermindert sich per 31.12.2008 das wirtschaftliche Eigenkapital von 409,6 Mio. € auf 404,7 Mio. €. (~58% der Bilanzsumme). Der Rückgang von 4,9 Mio. ergibt sich aus dem Verlust des Haushaltsjahres von 1,8 Mio. € und den Auflösungen der Sonderposten im Volumen von 3,1 Mio. €.

Während die Sonderposten im Wesentlichen für erhaltene Investitionszuweisungen des Landes gebildet und jährlich analog der Abschreibungsquote des entsprechenden Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst werden, dient das Eigenkapital zum gegebenenfalls notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen, die aus der Gesamtergebnisrechnung resultieren.

Ein Teil des bilanziellen Eigenkapitals – bezeichnet als „Ausgleichsrücklage" ist vorrangig vom Gesetzgeber als Ausgleichsmasse vorgesehen. Bei der Stadt Bergisch Gladbach sind

dies 44,7 Mio. €, dieser Wert vermindert sich um den bereits erwähnten Verlust von 1,8 Mio. € auf 42,9 Mio. €.

Die gesamten Verbindlichkeiten betragen per 31.12.2008 157,8 Mio. € (~22, 4 %) im Vergleich zu 153,6 Mio. € zu Beginn des Haushaltsjahres. Ein relativ hoher Anteil von 102,7 Mio. € (~65% aller Verbindlichkeiten) ist als kurzfristig einzuordnen. Hierbei handelt es sich um aufgenommene Liquiditätskredite in Höhe von 76,0 Mio. €. Der Rest von 26,7 Mio. € verteilt sich auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Transferleistungen (9,7 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben (8,0 Mio. €), Investitionskredite mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr (4,2 Mio. €) und Sonstige.

Gegenüber den Ausgangswerten am 01.01.2008 (100,8 Mio. €) hat sich der Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten um 1,9 Mio. € erhöht. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus:

- Erhöhung der Liquiditätskredite (+ 6,0 Mio. €),
- Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (- 2,1 Mio. €)
- Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben (- 1,8 Mio. €).

Die ermittelten Rückstellungen betrugen in der Eröffnungsbilanz 01.01.2008 115,7 Mio. € (~17%). Dabei entfiel der Hauptanteil in Höhe von 102,3 Mio. € (~15%) auf die Pensions- und Beihilferückstellungen. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 wurden netto 2,6 Mio. € zugeführt, sodass jetzt insgesamt die Rückstellungen ein Volumen von 118,3 Mio. € erreicht haben; wobei sich der Anteil der Pensions- und Beihilferückstellungen um 4,1 Mio. € auf 106,4 Mio. € erhöhte, bei konstantem prozentualen Anteil an der Bilanzsumme. Die Rückstellungsstruktur kann wie am 01.01. auch per 31.12.2008 als langfristig charakterisiert werden.

4.2 Detail-Analyse von Aktiva und Passiva der Bilanz

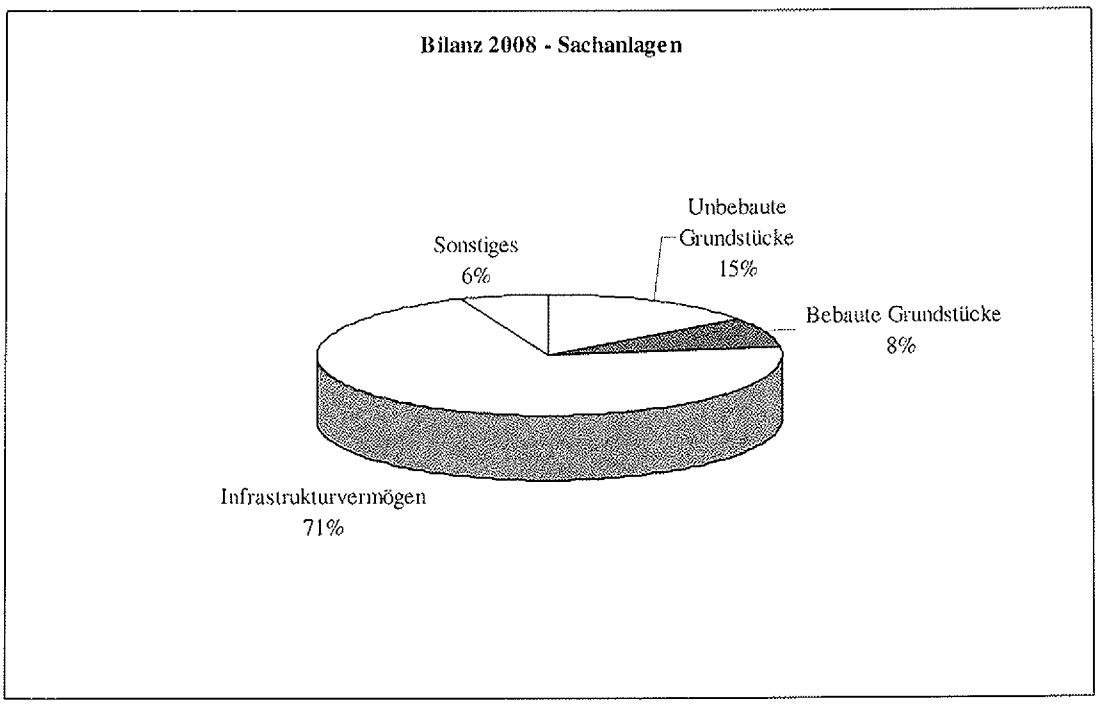
Die Aktivseite der Bilanz wird bei einer Bilanzsumme von rd. 703,7 Mio. € in kommunal-typischer Weise zu rd. 95 % vom Anlagevermögen dominiert. Dabei ist für Bergisch Gladbach nahezu eine Gleichverteilung zwischen dem Sachanlagevermögen (303,9 Mio. € ~ 43 %) zuzüglich der investiven Teile der aktiven Rechnungsabgrenzung (30,6 Mio. € ~ 4 %) und dem Finanzanlagevermögen (331,7 Mio. € ~ 47 %) festzustellen. Das Umlaufvermögen ist mit 32,9 Mio. € (~ 5 % der Bilanzsumme) von nachrangiger Bedeutung. Analog gilt dieses auch für die aktive Rechnungsabgrenzung mit einem Volumen von 34,6 Mio. € (~ 5 %). Insbesondere wenn man den investiven Teil (siehe oben) ausklammert, verbleibt nur ein Betrag von 4,0 Mio. € (<1 %) für sonstige aktive Rechnungsabgrenzung (z. B. Betriebskostenzuschuss Januar 2009 für Kita/OGATA oder Beamtenbesoldung).

Das Sachanlagevermögen wird zu rd. 71 % von dem Infrastrukturvermögen bestimmt, weitere 23 % entfallen auf unbebaute Grundstücke in Form von Grünflächen (Friedhöfe, Parks, Spiel- und Sportplätze) sowie bebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten. Bei den bebauten Grundstücken handelt es sich um drei Turn- und Sporthallen außerhalb von Schulen und die Grundstücke nebst Gebäuden der Feuerwehr und des Betriebshofes. Alle anderen bebauten Grundstücke und Gebäude (Rathäuser, Verwaltungsge-

bäude und Schulen etc.) sind der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb" der Stadt Bergisch Gladbach zugeordnet und werden dort bilanziert; kommen aber indirekt in der städtischen Bilanz in Form des Beteiligungswertes „Immobilienbetrieb" zum Ausdruck.

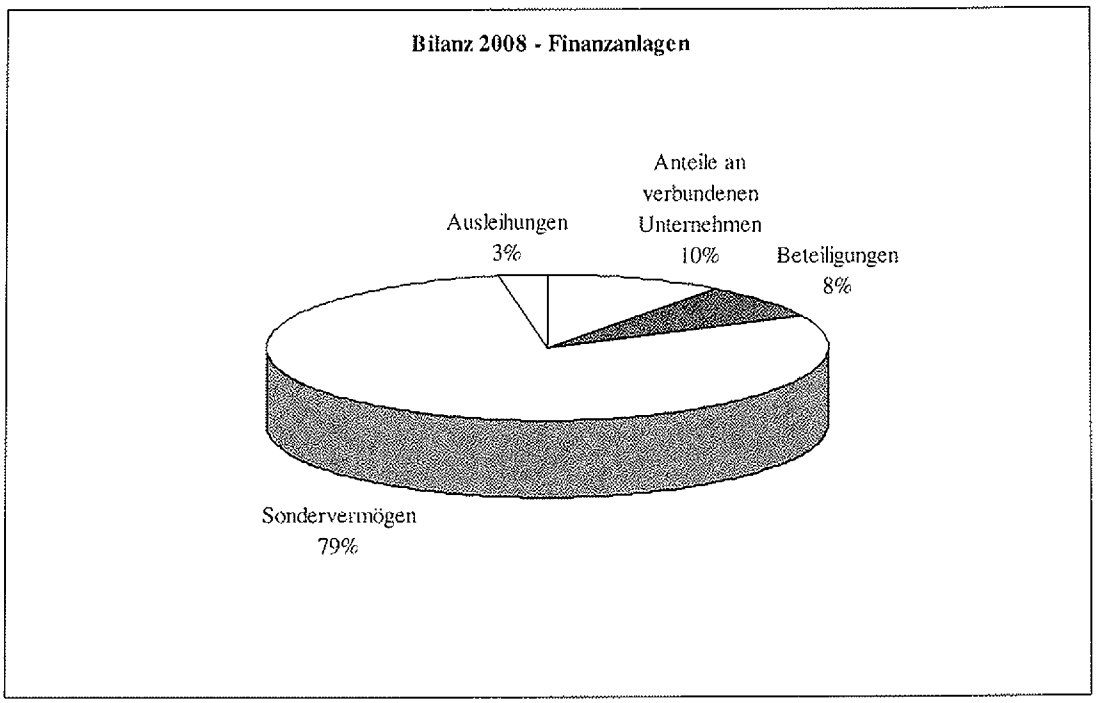
In 2008 waren im Bereich des Kernhaushalts insgesamt 6,2 Mio. € an Zugängen im Anlagevermögen zu verzeichnen, denen 7,1 Mio. € an Abschreibungen gegenüberstanden. Auf Dauer kann das Sachanlagevermögen der Stadt nur durch eine laufende Investitionstätigkeit erhalten werden, die in ihrer Höhe zumindest den jährlichen Abschreibungen entspricht anderenfalls tritt sukzessive Vermögensverzehr ein.

Nach Lage der Dinge besteht in Bergisch Gladbach derzeit nur die Möglichkeit, stadtseitige Investitionen auf Basis eines vom Rat der Stadt beschlossenen Prioritätenkataloges durchzuführen, wenn diese Investitionen innerhalb des, von der Kommunalaufsicht gesetzten Finanzkorridors liegen. Inwieweit sich der Vermögensabbau in Zukunft fortsetzt, hängt weitestgehend von der Konjunkturentwicklung und damit dem Steueraufkommen auf der einen Seite und einer angestrebten Reform der Gemeindefinanzierung auf der anderen Seite ab. Auf beide Faktoren hat die Stadt Bergisch Gladbach keinen direkten Einfluss.



Wie bereits erwähnt wird rd. 47 % der Bilanzsumme durch das Finanzanlagevermögen gedeckt. Hierzu gehören Geld- und Kapitalanlagen der Stadt Bergisch Gladbach, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensverbindungen sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen. Hervorzuheben ist, dass von den 331,7 Mio. € des Finanzanlagevermögens der größte Teil, nämlich 261,8 Mio. € (~ 79 %) auf die stadteige-

nen Sondervermögen (Immobilienbetrieb, Abfallwirtschaft und Abwasserwerk) entfallen. Daneben sind 33,5 Mio. € (~ 10 %) in verbundenen Unternehmen angelegt; speziell in der Bädergesellschaft der Stadt. Während die übrigen Beteiligungen einen Umfang von 25,7 Mio. € (~ 8 %) haben. Städtische Finanzmittel wurden außerdem in Form von Darlehen an Betriebe des Sondervermögens, an Beteiligungsunternehmen und Dritte (für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus) im Volumen von 9,4 Mio. € (3 %) vergeben. Alles in allem kann der Rat der Stadt Bergisch Gladbach auf rd. 90 % des Finanzanlagevermögens direkten Einfluss nehmen.



Innerhalb des Umlaufvermögens (32,9 Mio. € ~ 5 %) dominieren die Forderungen – seien es öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Forderungen – mit 21,7 Mio. €. Die Veränderung gegenüber der Eröffnungsbilanz lässt sich im Wesentlichen durch die stichtagsbezogene Bestandserhöhung an liquiden Mitteln erklären. Gegenüber dem Ausgangswert 01.01.2008 von 7,1 Mio. € haben sich diese Mittel auf 11,1 Mio. € erhöht.

Um keine Missverständnisse hinsichtlich der Finanzsituation der Stadt aufkommen zu lassen, sei bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass sich im Haushaltsjahr 2008 der Bestand an Liquiditätskrediten (früher Kassenkredite) von 70 Mio. € auf 76 Mio. € verändert hat.

Im Allgemeinen besteht bei der Darstellung eines städtischen Lageberichtes kein Grund auf den Bilanzposten „aktive Rechnungsabgrenzung" einzugehen, weil dieser normalerweise nur Ausgaben vor dem Abschlussstichtag (z. B. Beamtenbezüge) berücksichtigt, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen. In vergleichbaren Kommunen nimmt der Bilanzposten deshalb allenfalls 1 % der Bilanzsumme in Anspruch. Kom-

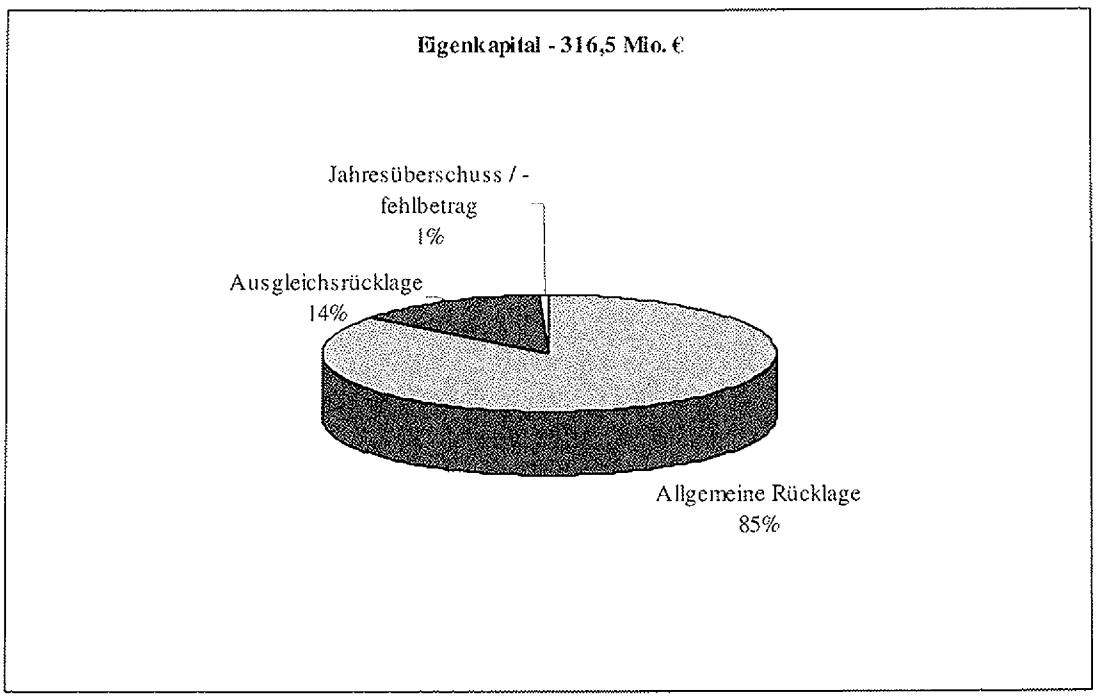
munen können aber auch für die Bürger nutzbares Vermögen durch die Vergabe zweckgebundener Zuwendungen an Dritte schaffen. Bilanziell sind diese investiven Zuwendungen als aktive/passive Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat in der Vergangenheit solche zweckgebundene Zuwendungen an Dritte vergeben, die bei anderer Entscheidung zu Anlagevermögen geführt hätten. Dieses betrifft infrastrukturmäßig z. B. die Zuwendungen für den KVB-Tunnel Bensberg und die Haltepunkte der Stadtbahnlinie 1 sowie die öffentlichen Parkhäuser beim evangelischen bzw. katholischen Krankenhaus im Stadtgebiet; im Übrigen die Investitionszuschüsse für Kindertagesstätten, Alten- und Jugendeinrichtungen sowie Sportvereine. Das führt dazu, dass der Bilanzposten „aktive Rechnungsabgrenzung" im Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach ein Volumen von 34,6 Mio. € (~ 5 %) hat.

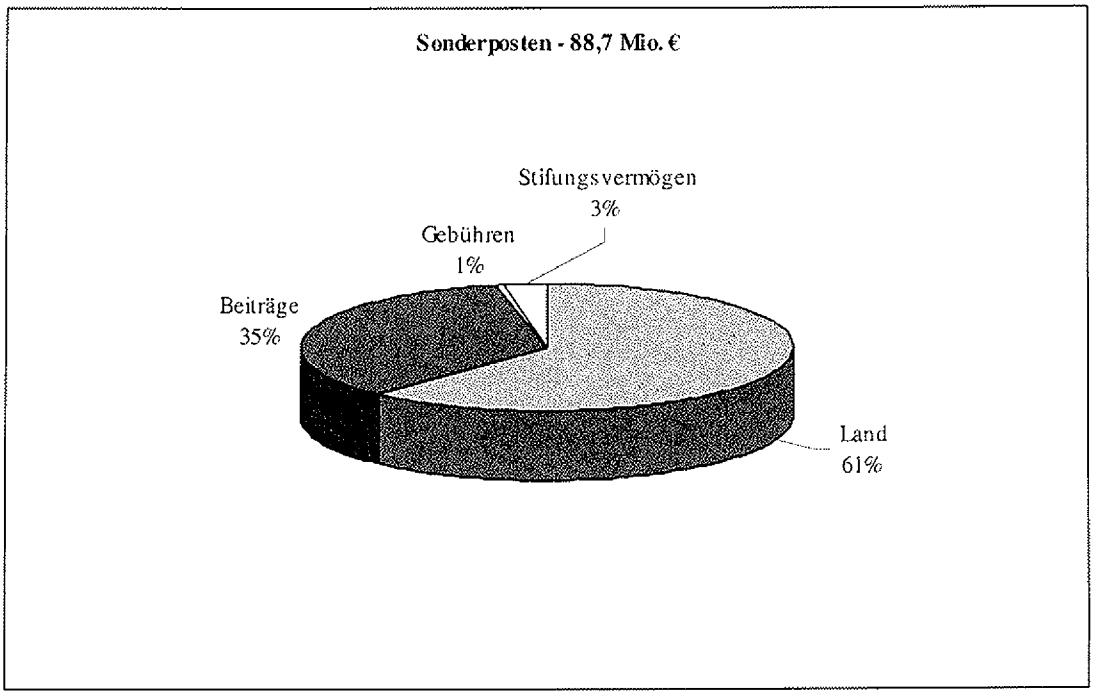
Die Passivseite der Bilanz zeigt Art und Weise der Finanzierung des städtischen Vermögens. Das bilanzielle Eigenkapital zum 31.12.2008 beträgt rd. 316,5 Mio. € (~ 45 %). Es setzt sich zusammen aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 273,6 Mio. €, der Ausgleichsrücklage von 44,7 Mio. € und dem Jahresfehlbetrag von 1,8 Mio. €.

Auch wenn der absolute Betrag von völlig untergeordneter Bedeutung ist, sei erwähnt, dass innerhalb der Allgemeinen Rücklage rd. 13 T€ als Deckungsrücklage nach § 22 GemHVO für übertragene Ermächtigungen gebunden sind.

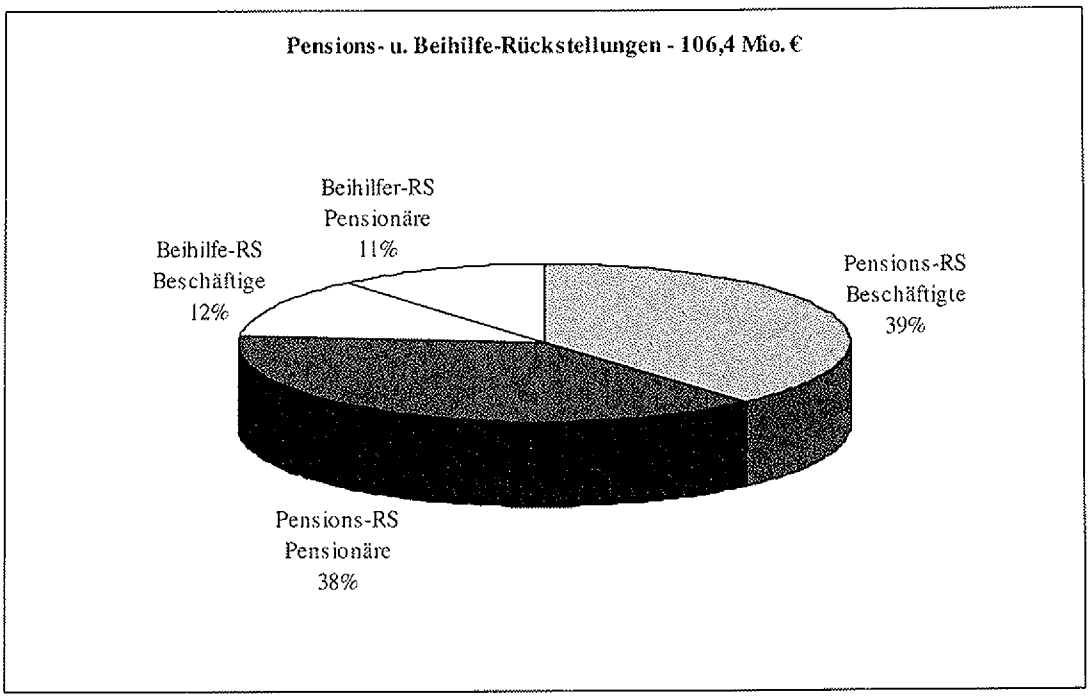
Der Ausgleichsrücklage kommt im Rahmen des jährlichen Haushaltsausgleichs eine Pufferfunktion zu, um die Schwankungen der Jahresergebnisse aufzufangen. Bei erwarteter Beschlussfassung des Rates über die Verwendung des Fehlbetrages der Ergebnisrechnung 2008 wird sich die Ausgleichsrücklage auf 42,9 Mio. € verringern.



Die Sonderposten dokumentieren erhaltene Zuwendungen für Investitionen und vereinnahmte Beiträge für Erschließungsmaßnahmen. Sonderposten werden über die gleiche Nutzungsdauer wie das zugehörige Anlagegut ertragswirksam aufgelöst und verringern so die Abschreibungsbelastung durch Wertminderung des Wirtschaftsgutes. Die Tatsache, dass die Sonderposten sich von 91,7 Mio. € in der Eröffnungsbilanz 2008 auf 88,7 Mio. € per 31.12.2008 verringert haben, ist ein weiteres Indiz für den Netto-Werteverzehr des städtischen Vermögens, weil hier zum Ausdruck kommt, dass die Stadt im Haushaltsjahr 2008 nur geringere Investitionen tätigen konnte und damit auch geringere Zuwendungen erhalten hat, als durch Abnutzung der Wirtschaftsgüter und den damit verbundenen Abschreibungen respektive Auflösung der Sonderposten verbraucht wurden.



Bei den Rückstellungen von insgesamt 118,1 Mio. € (~ 17 % der Bilanzsumme) schlagen die künftigen Belastungen der Haushalte für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen mit 106,4 Mio. € (~ 90 %) zu Buche. Die Ansätze mussten für bereits im Ruhestand befindliche Beamte gegenüber dem Ausgangswert 01.01.2008 um 2,5 Mio. € erhöht werden; ebenso die Beihilfe-Rückstellungen für Pensionäre einerseits und aktive Beschäftigte andererseits um 1,5 Mio. €. Hintergrund war eine Erhöhung der sogenannten Kopfschaden-Pauschale und die Tatsache, dass für in Ruhestand tretende Beamte des höheren Dienstes die Dotierung anzupassen war. Allen stadtinternen Berechnungen lagen versicherungsmathematische Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse zugrunde.



Die Rückstellungen für Altlasten und für Instandhaltungen sind gegenüber dem Eröffnungsbilanzwert nahezu unverändert geblieben.

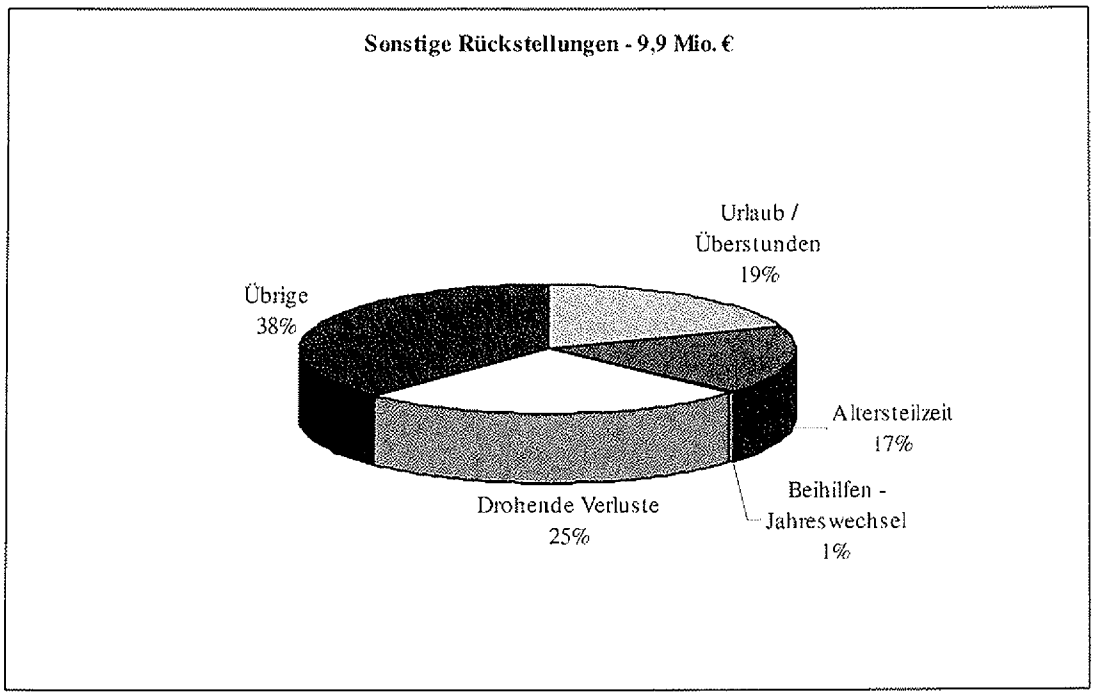
Die sonstigen Rückstellungen nach § 36 (4) und (5) GemHVO haben sich im Vergleich zur Eröffnungsbilanz um 1,5 Mio. € auf 9,9 Mio. € vermindert. Hintergrund ist eine veränderte Rechenbasis bei der Ermittlung der Rückstellungen für Urlaub und Überstunden; hier wurden personen-exakte Stundensätze anstelle von – gleichfalls zulässigen – Pauschalsätzen gewählt. Bei den sonstigen Rückstellungen sind auch Rückstellungen für Altersteilzeit enthalten. Diese vermindert sich planmäßig im Rahmen der mit den betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffenen Vereinbarung.

Die ebenfalls bei den sonstigen Rückstellungen enthaltenen Rückstellungen für drohende Verluste bleibt mit 2,5 Mio. € auf dem gleichen Niveau wie in der Eröffnungsbilanz. Dieser Bilanzposten setzt sich zusammen aus der Drohverlustrückstellung für Grabnutzungsgebühren mit einem Restwert von 1,2 Mio. € und zum anderen einen Betrag von 1,3 Mio. € für Eventual-Verluste aus Swap-Geschäften.

Ob die Stadt nach den Bestimmungen der GemHVO berechtigt ist für Verluste aus veränderten Berechnungen von Grabnutzungsgebühren eine Rückstellung zu bilden ist derzeit mit der Gemeindeprüfungsanstalt strittig. Tatsache ist aber, dass diese Rückstellung seinerzeit bei der, nach den Vorschriften des HGB bilanzierenden eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün" gebildet werden musste. Eine gegebenenfalls notwendige Auflösung dieser Rückstellung würde im Rahmen einer Bilanzänderung nach § 57 GemHVO erfolgen, mit dem Effekt, dass sich die Allgemeine Rücklage rückwirkend per 01.01.2008 um 1,2 Mio. € erhöht, gleichzeitig aber in den Folgejahren die Verluste aus der Gebührenberechnung nicht mehr durch Auflösung der Rückstellung abgefedert werden können.

Die Beibehaltung der Rückstellung für Drohverluste aus Derivate-/Swap-Geschäften erfolgte in Anwendung des Runderlasses des Innenministeriums über „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden" vom 09.10.2006. Da nach dem derzeitigen Stand – bezogen auf den jeweiligen Jahres-Ultimo – die Zinsaufwendungen die gleichartigen Zinserträge übersteigen, hat die Stadt eine entsprechend Vorsorge im Jahresabschluss 2008 durch Einstellung in die Rückstellung gebildet.

Es sei ausdrücklich betont, dass die Bildung der Rückstellung keine Aussage über die Vorteilhaftigkeit oder Nachteiligkeit der getroffenen Swap-Vereinbarungen für die Finanzen der Stadt zulässt. Hierzu ist am Ende der lfd. Vereinbarungen eine betriebswirtschaftliche Betrachtung notwendig, die neben den Aufwendungen / Erträgen aus den Swap-Geschäften auch die geplanten und gezahlten Zinsen für die Grundgeschäfte mit einbezieht.



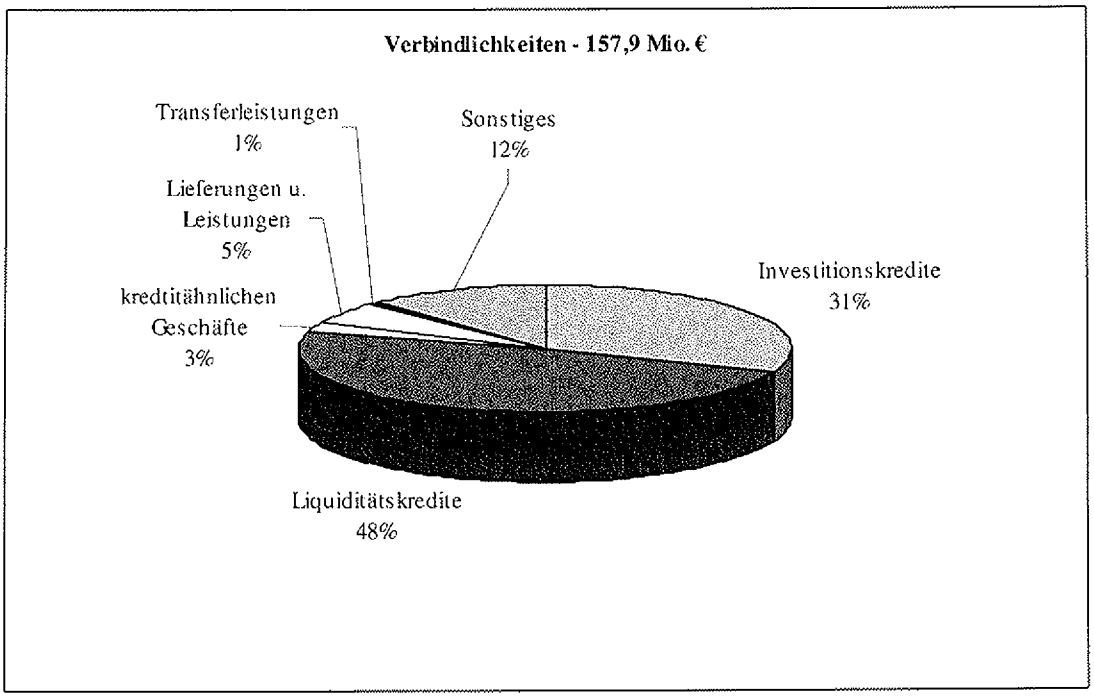
Die Stadt Bergisch Gladbach bilanziert im Jahresabschluss 2008 157,8 Mio. € (~ 22 %) an Verbindlichkeiten. Dabei handelt es sich überwiegend um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultierend aus der Aufnahme von langfristigen Darlehen für Investitionen (49,2 Mio. €) und kurzfristigen Darlehen zur Sicherung der Liquidität (Kassenkredite – 76,0 Mio. €). Weitere Verbindlichkeiten resultieren aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (4,1 Mio. €), den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (8,2 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (1,5 Mio. €) und den sonstigen Verbindlichkeiten (18,8 Mio. €).

Während sich die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen tilgungs- und umschichtungsbedingt von 51,9 Mio. € per 01.01.2008 auf 49,2 Mio. € verminderten, wurden die Kredite zur Liquiditätssicherung von 70,0 Mio. € auf 76,0 Mio. € erhöht. Betrachtet man beide Kreditarten gemeinsam, so ist eine Ausweitung um 3,4 Mio. € zu konstatieren.

Normalerweise dominieren im kommunalen Bereich die Investitionskredite. Dass in Bergisch Gladbach momentan der Schwerpunkt bei den Liquiditätskrediten liegt, ist auch auf deren günstige Zinsstruktur in 2008 zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Geschäften resultieren aus zwei Verträgen nach dem sogenannten Public-Private-Partnership-Modell, welche die Stadt in der Vergangenheit mit Investoren abgeschlossen hat. Hierzu gehört zum einen eine Verpflichtung gegenüber dem Sondervermögen Immobilienwirtschaft im Volumen von 3,5 Mio. € für die Sanierung des Schulzentrums Herkenrath und der Schule Ahornweg sowie zum anderen eine Vereinbarung mit einem Sportverein wegen der Sanierung eines Sportplatzes.

Während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen per Stichtag 31.12.2008 von 10,3 Mio. € auf 8,2 Mio. € vermindert haben, ist bei den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen eine Zunahme von 0,2 Mio. € auf 1,5 Mio. € zu verbuchen.



Die sonstigen Verbindlichkeiten liegen mit 18,8 Mio. € etwa 1,9 Mio. € über dem Ausgangswert am Jahresanfang. Hierunter befinden sich 8,0 Mio. € für die Geldverrechnungskonten der beiden Sondervermögen Abfall- und Immobilienwirtschaft. Weitere 5,7 Mio. € resultieren aus erhaltenen Anzahlungen und 5,1 Mio. € sind den übrigen sonstigen Verbindlichkeiten zuzuordnen. Bei den erhaltenen Anzahlungen sind noch nicht verbrauchte, für investive Zwecke gebundene Zuwendungen gebucht, die später je nach Art der investiven Verwendung in die entsprechenden Sonderposten umgruppiert werden. Es handelt sich überwiegend um Zuwendungen des Landes im Bereich der Infrastruktur der Stadt Bergisch Gladbach sowie Ausgleichszahlungen im Rahmen der Stellplatzverordnung.

Die Passiva-Bilanzsumme wird zu 3 % = 22,5 Mio. € durch passive Rechnungsabgrenzungsposten gedeckt. Einen wesentlichen Anteil haben dabei die so genannten investiven passiven Rechnungsabgrenzungsbeträge, als Pendant zu den entsprechenden aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (siehe dort). Auch die vereinnahmten, aber erst zukünftig zu verbrauchenden Grabbenutzungsgebühren der städtischen Friedhöfe gehören hierher.

4.3 Ertragsrechnung im Vergleich zum fortgeschriebenen Haushaltsansatz

Der Jahresabschluss 2008 zum ersten Ergebnishaushalt der Stadt Bergisch Gladbach, der nach den Regeln des NKF bewirtschaftet wurde, schließt mit einem Fehlbetrag von 1,8 Mio. € ab. Gegenüber dem, vom Rat der Stadt für 2008 beschlossenen Fehlbedarf von 11,1 Mio. € ist eine, mehr als deutliche Verbesserung festzustellen. Die Verbesserungen von insgesamt 9,3 Mio. € verteilen sich grob wie folgt:

Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2008	Fortgeschr. Ansatz Haushalts-jahr 2008	Ergebnis - Rech-nungsjahr 2008	Abweichung
Ordentliche Erträge	189,8 Mio. €	183,7 Mio. €	194,5 Mio. €	+ 10,8 Mio. €
./. Ordentliche Aufwen-dungen	188,6 Mio. €	188,6 Mio. €	195,8 Mio. €	- 7,1 Mio. €
= Verwaltungsergebnis	1,2 Mio. €	- 4,9 Mio. €	- 1,3 Mio. €	+ 3,7 Mio. €
Finanzerträge	0,1 Mio. €	6,2 Mio. €	6,8 Mio. €	+ 0,6 Mio. €
./. Finanzaufwendungen	12,4 Mio. €	12,4 Mio. €	7,3 Mio. €	- 5,1 Mio. €
= Finanzergebnis	-12,3 Mio. €	- 6,2 Mio. €	- 0,5 Mio. €	+ 5,6 Mio. €
Jahresergebnis	-11,1 Mio. €	- 11,1 Mio. €	- 1,8 Mio. €	+ 9,3 Mio. €

Hinweis: Bei der kontenmäßigen Einzelbetrachtung der Erträge und der Aufwendungen zeigen sich Abweichungen zwischen den Planwerten des Haushaltsansatzes und der Fortschreibung. Diese resultieren aus notwendigen Korrekturen (Verschiebungen in den Ertrags-/ Aufwandspositionen), z. B.:

- „aktivierte Eigenleistungen" (Plan: 6,2 Mio. €; Fortschreibung: 80 T€; Ist: 218 T€)
  Ansatz wurde korrigiert, da nur ein Teil der investiven Maßnahmen bis zum Ende des Haushaltsjahres abgeschlossen werden konnten (z. B. Verzögerungen Regionale 2010).
- „Finanzerträge" (Plan: 84 T€, Fortschreibung: 6,2 Mio. €, Ist: 6,8 Mio. €).
  Ausweis des Ertrages aus der Abführung des Bilanzgewinns Abwasser unter Finanzerträgen.

Insgesamt entspricht der fortgeschriebene Haushaltsansatz mit einem Jahresergebnis von -11,1 Mio. € dem geplanten Ergebnis des Haushaltsansatzes 2008.

Die ordentlichen Erträge konzentrieren sich im Wesentlichen auf zwei Ertragsarten, die in Summe 80 % der städtischen Einnahmen abdecken: Steuern und Abgaben (114,0 Mio. € ~59%), Zuwendungen und allgemeine Umlagen (40,7 Mio. € ~21%).

Bezeichnung	Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr 2008	Ergebnis - Rechnungsjahr 2008	Abweichung
Grundsteuer B	18,3 Mio. €	18,2 Mio. €	- 0,1 Mio. €
Gewerbesteuer	32,0 Mio. €	33,3 Mio. €	+ 1,3 Mio. €
Einkommensteueranteil	51,7 Mio. €	53,2 Mio. €	+ 1,5 Mio. €
Erträge aus FLAG	4,8 Mio. €	4,7 Mio. €	- 0,1 Mio. €
Umsatzsteueranteil	3,6 Mio. €	3,6 Mio. €	+ 0,0 Mio. €
Übrige	0,7 Mio. €	1,0 Mio. €	+ 0,3 Mio. €
Steuern und Abgaben - gesamt	111,1 Mio. €	114,0 Mio. €	+ 2,9 Mio. €
Schlüsselzuweisungen	24,2 Mio. €	27,9 Mio. €	+ 3,7 Mio. €
Sonstige Landeszuweisungen	9,6 Mio. €	10,3 Mio. €	+ 0,7 Mio. €
Übrige	2,3 Mio. €	2,5 Mio. €	+ 0,2 Mio. €
Zuwendungen - gesamt	36,1 Mio. €	40,7 Mio. €	+ 4,6 Mio. €

Die vorstehende Tabelle verdeutlicht bei den Steuern und Abgaben, wie wichtig neben der Gewerbe- und der Grundsteuer, deren Aufkommen die Stadt durch Festsetzung der Hebesätze selbst beeinflussen kann, der Anteil der Stadt Bergisch Gladbach an der Einkommenssteuer der hier ansässigen Bürgerinnen und Bürger ist. Bei den Erträgen aus FLAG handelt es sich um Kompensationsleistungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes stellen bei den Zuwendungen mit 27,9 Mio. € den wichtigsten Einzelposten dar. Dabei handelt es sich um zweckfreie Zahlungen zur Finanzierung des Ergebnishaushaltes. Bemessungsgrundlagen sind neben der gemeindlichen Steuerkraft die Einwohner-, Schülerzahlen u. a. Als weiterer wichtiger Bestandteil sind die zweckgebundenen Zuweisungen des Landes in Höhe von 10,3 Mio. € zu nennen, die viele verschiedene Zuwendungen verteilt über den gesamten Haushalt beinhalten. Nicht zu vergessen sind als dritte Ertragsquelle die aufzulösenden Sonderposten im Volumen von rd. 2,4 Mio. €. Damit werden buchungstechnisch die, in der Vergangenheit erhaltenen Investitionszuwendungen auf die Nutzungsdauer der geförderten Anlagegüter verteilt und so ein Ausgleich für die Abschreibungen auf das Anlagevermögen der Stadt geschaffen.

Die restlichen 20 % der ordentlichen Erträge stammen zur Hauptsache aus den Bereichen:

- öffentliche-rechtliche Leistungsentgelte: 16,9 Mio. € ~ 9 %
- privat-rechtliche Leistungsentgelte: 3,3 Mio. € ~ 2 %
- sonstige ordentliche Erträge: 12,8 Mio. € ~ 6 %
- Kostenerstattungen u. Umlagen: 5,9 Mio. € ~ 3 %

Von den 16,9 Mio. € öfffentlich-rechtliche Leistungsentgelte werden 6,8 Mio. € über Benutzungsgebühren öffentlicher Einrichtungen erwirtschaftet, 3,6 Mio. € entfallen auf Verwaltungsgebühren und 3,4 Mio. € entstammen Einnahmen für Rettungsdienste und Krankentransporte. Auch bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten sind buchungstechnische Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, in diesem Fall „Beiträge“ mit 2,2 Mio. € zu vermerken. Diese mindern – analog der Auflösung der Sonderposten für in-

vestive Zuwendungen des Landes - die Belastung des städtischen Haushaltes wegen der Abschreibungen auf die angeschafften / hergestellten Vermögensgegenstände, im vorliegenden Fall überwiegend Straßen etc.

Die privat-rechtlichen Leistungsentgelte umfassen alle Zahlungen für von der Stadt auf privat-rechtlicher Grundlage erbrachte Leistungen. Erwähnenswert sind hier die Teilnehmerentgelte für Leistungen des Kulturbereiches mit rd. 2,0 Mio. €.

Die sonstigen ordentlichen Erträge enthalten neben den Konzessionsabgaben (8,0 Mio. €) und den Buß- und Verwarnungsgeldern (0,8 Mio. €) auch die buchmäßigen Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen (2,5 Mio. €) und aus verminderten Wertberichtigungen auf Forderungen (1,0 Mio. €).

Mit Kostenerstattungen und Umlagen beteiligen sich einerseits Dritte an den Aufwendungen der Stadt; hierunter fallen vor allem Erstattungen vom Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und anderen Gemeinden / Zweckverbänden (3,9 Mio. €). Andererseits werden unter dieser Ertragsposition auch die Erstattungen für Aufwendungen gebucht, die für Leistungen zwischen den städtischen Verwaltungseinheiten untereinander, den Eigenbetrieben, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen entstanden sind (1,6 Mio. €). In der Regel liegt den Zahlungen ein auftragsähnliches Vertragsverhältnis zugrunde. Die restlichen 0,4 Mio. € an Kostenerstattungen kommen von diversen privaten Unternehmen und andere Institutionen.

Die ordentlichen Aufwendungen verteilen sich im Kern auf folgende Aufwandsarten:

Bezeichnung	**Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr 2008**	**Ergebnis - Rechnungsjahr 2008**	**% - Anteil**	**Abweichung**
Personalaufwand	41,0 Mio. €	42,3 Mio. €	22 %	+ 1,3 Mio. €
Versorgungsaufwand	4,3 Mio. €	4,1 Mio. €	2 %	- 0,2 Mio. €
Sach- u. Dienstleistg.	24,8 Mio. €	29,3 Mio. €	15 %	+ 4,5 Mio. €
Abschreibungen	6,9 Mio. €	7,1 Mio. €	4 %	+ 0,2 Mio. €
Transferaufwendungen	101,3 Mio. €	100,1 Mio. €	51 %	- 1,2 Mio. €
Sonstige ordentl. Aufwendungen	10,4 Mio. €	12,9 Mio. €	6 %	+ 2,5 Mio. €
Ordentliche Aufwendungen	188,7 Mio. €	195,8 Mio. €	100 %	+ 7,1 Mio. €

Die Aufwandsseite der Ertragsrechnung wird zu 51 % von den Transferleistungen (100,1 Mio. €) der Stadt dominiert. Hierunter fallen unterschiedlichste Aufwendungen, deren betragsmäßig zwei wichtigsten Gruppierungen neben der Kreisumlage sind:

Bezeichnung	Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr 2008	Aufwand 2008	% Transferaufwand
Kreisumlage	53,5 Mio. €	52,9 Mio. €	53 %
Soziale Einrichtungen etc.	26,6 Mio. €	27,5 Mio. €	27 %
Jugend- und Sozialhilfe	11,0 Mio. €	11,0 Mio. €	11 %
Summe	91,1 Mio. €	91,4 Mio. €	91 %

Der zweite große Block auf der Aufwandseite umfasst die Personalaufwendungen. Hier sind alle Löhne und Gehälter einschließlich der arbeitgeberseitigen Leistungen zur Sozialversicherung für das in der Stadtverwaltung eingesetzte Personal enthalten, unabhängig davon, ob die Aufwendungen von Dritten refinanziert werden. Im Gegensatz zur Kameralistik sind im NKF für Beamte Rückstellungen für deren spätere Pension zu bilden, diese sind ebenfalls den Personalaufwendungen zuzurechnen.

Die einzelnen personellen Aufwandsarten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Bezeichnung	Fortgeschr. Ansatz Haus-haltsjahr 2008	Aufwand 2008	% Personalaufwand
Beamtenbezüge	10,7 Mio. €	10,8 Mio. €	26 %
Zuführung Pensionen/Beihilfen	4,5 Mio. €	5,6 Mio. €	13 %
Vergütung Angestellte / Arbeiter	20,1 Mio. €	20,0 Mio. €	47 %
Sozialversicherg. / ZVK	5,7 Mio. €	5,4 Mio. €	13 %
Sonstiges	0,0 Mio. €	0,5 Mio. €	1 %
Personalaufwand	41,0 Mio. €	42,3 Mio. €	100 %

Unter den Bedingungen des NKF werden die laufenden Versorgungsaufwendungen an ehemalige Beamte einschließlich der notwendigen Zuführungen zu Rückstellungen für später anfallende Zahlungen separat ausgewiesen. Die Versorgungsaufwendungen beinhalten die Pensionen- und Beihilfezahlungen. Der fortgeschriebene Ansatz des Rechnungsjahres ging von Versorgungsaufwendungen in Höhe von 4,3 Mio. € aus. Gebucht wurde ein Aufwand von 4,1 Mio. €.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bilden zusammen mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen den klassischen „Sachaufwand" ab. Das Ist-Ergebnis des Rechnungsjahres lag bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (29,3 Mio. €) um 4,5 Mio. € über den fortgeschriebenen Ansatz (24,8 Mio. €). Wesentlich für die Abweichung sind Erstattungen an die Sondervermögen Abwasserwerk (Straßenentwässerung) und Immobilienbetrieb (Schulmieten). In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber den Eigenbetrieben in 2008 von 8,6 Mio. € auf 5,8 Mio. € vermindert wurden.

Auch bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen korrespondiert der fortgeschriebene Ansatz des Haushaltsjahres (10,4 Mio. €) nicht mit dem Rechnungsergebnis von 12,9 Mio. €. Die Differenz ist im Kern mit den nicht geplanten Auflösungen von investiven Zuwendungen an soziale Einrichtungen und Sportvereine (aktive Rechnungsabgrenzung) einerseits und zu geringe Ansätze für Wertberichtigungen auf Forderungen andererseits zu begründen.

Im Gesamtkontext der beiden Aufwandsgruppen (Sach- u. Dienstleistungen / sonstige ordentliche Aufwendungen) sind folgende Schwerpunkte mit einem Aufwand > 1,0 Mio. € einer Erwähnung wert.

Bezeichnung	**Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr 2008**	**Aufwand 2008**
Miete FB 8 - Schulen	6,8 Mio. €	11,8 Mio. €
Schülerbeförderungskosten	1,5 Mio. €	1,4 Mio. €
Unterhalt. Infrastrukturverm.	1,8 Mio. €	1,4 Mio. €
Strom Altdeponien	1,2 Mio. €	1,1 Mio. €
Mieten u. Pachten (sonstige)	3,3 Mio. €	3,1 Mio. €
Krankenhausumlage	1,3 Mio. €	1,2 Mio. €
Auflösung inv. ARAP	0,0 Mio. €	1,2 Mio. €
Versicherungsbeiträge u.ä.	1,5 Mio. €	1,3 Mio. €
Wertkorrekturen Forderungen	0,0 €	1,7 Mio. €

Bilanzielle Abschreibungen bilden den Werteverzehr des aktivierten Vermögens während dessen Nutzungsdauer ab. Die Darstellung des Ressourcenverbrauchs ist ein Kernelement des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Für das Rechnungsjahr 2008 stimmen die, im Rahmen der Anlagenbuchhaltung berechneten und gebuchten Abschreibungsaufwendungen in Höhe von 7,1 Mio. € bis auf einen zu vernachlässigen Unterschiedsbetrag von 0,2 Mio. € mit dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz von 6,9 Mio. € überein.

Für verschiedene Gegenstände des Sachanlagevermögens – speziell Möblierung von Schulräumen und der Büroausstattung der Stadtverwaltung – waren sogenannte Festwerte in der Eröffnungsbilanz gebildet worden. Beim Ansatz von Festwerten wird davon ausgegangen, dass sich keine wesentlichen mengen- oder wertmäßigen Veränderungen im Bestand ergeben, weil sich Werteverzehr (Abschreibungen) und Ersatzbeschaffungen innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes (im allgemeinen Haushaltsjahr) ausgleichen. Von daher entfällt für die erwähnten Sachanlagen die planmäßige Abschreibung über die Nutzungsdauer; Ersatzbeschaffungen werden unmittelbar als Aufwand gebucht. Eine Überprüfung der Festwerte erfolgt in der Regel im Rahmen der wiederkehrenden Inventuren (mindestens alle drei Jahre).

Bei Finanzerträgen sind die planmäßig nicht eingestellten Zinserträge für Derivate in Höhe von 1,7 Mio. € der Erwähnung wert. Als Gegenposten zu den vorstehenden Erträgen aus Derivaten müssen auf der Aufwandsseite 2,2 Mio. € für entsprechende Zinsaufwendungen gesehen werden.

Dass aus dem Negativ-Saldo nicht auf mangelnden finanzwirtschaftlichen Nutzen dieser Geschäfte für die Stadt geschlossen werden darf, wurde bereits im Punkt 1.2.3 Rückstellungen – dort: Rückstellungen für drohende Verluste – hingewiesen. Vielmehr sind die

Derivate- und Swap-Geschäfte im Gesamtzusammenhang mit den Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite zu sehen.

Zu den Zinserträgen /-zinsaufwendungen aus Derivaten im Jahresabschluss 2008 im Einzelnen: Der „Netto"-Zinsaufwand in 2008 aus Derivaten betrug 2.037.642 €. Durch Inanspruchnahme der per 01.01.2008 gebildeten Drohverlustrückstellung für Derivate in Höhe von 1.113.844 € verringerte sich der Zinsaufwand buchmäßig auf 923.798 €. Diesem stehen o.g. Zinserträge aus Derivaten in Höhe von 1.698.600 € für das Haushaltsjahr 2008 gegenüber. Im Saldo verbleibt ein positives Zinsergebnis aus Derivaten von 774.802 €.

Weil aber in den Jahren 2009 ff. mit negativen Zinsergebnissen zu rechnen ist, wurde per 31.12.2008 eine neue Drohverlustrückstellung im Volumen von 1.300.000 € gebildet[1]. Dieser Rückstellungsbetrag ist buchungstechnisch in dem, in der Ertragsrechnung ausgewiesenen Zinsaufwand für Derivate enthalten.

Der Abführungsbetrag des Sondervermögens Abwasserwerk aus Bilanzgewinn war mit 5,6 Mio. € veranschlagt – des Rechnungsergebnis des Jahres dokumentiert einen Betrag von 4,7 Mio. €. In Summe liegen die Zins- und sonstigen Finanzerträge des Jahres 2008 um 0,6 Mio. € über den fortgeschriebenen Haushaltsansätzen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Zinsaufwendungen für Darlehen (einschließlich der Darlehen zur Liquiditätssicherung), die von der Stadt Bergisch Gladbach im Haushaltsjahr 2008 aufgenommen werden mussten, einen Gesamtbetrag von 7,3 Mio. € erreichten, im fortgeschriebenen Ansatz waren 12,4 Mio. € geplant.

4.4 Abgleich zwischen den Daten der Finanzrechnung und den fortgeschriebenen Haushaltsplanansätzen

Die Finanzrechnung als dritte Komponente der kommunalen Doppik stellt die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen der Stadt im Haushaltsjahr 2008 dar. Sowohl für die Verwaltungstätigkeit, als auch für die Investitions- und die Finanzierungstätigkeit zeigt die Finanzrechnung im Jahresabschluss die Veränderung der liquiden Mittel und weist den Bestand an Finanzmitteln zum Jahresende nach (§ 39 GemHVO).

Für den Nachweis wird aus dem Saldo der Ein- und Auszahlungen für Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit zunächst ein rechnerischer Finanzmittelüberschuss oder –fehlbedarf ermittelt; unter Hinzuziehung der Ein-/Zahlungen aus der Aufnahme bzw. Tilgung von Krediten (Investitionskredite u. Liquiditätskredite) lässt sich dann die Bestandsänderung eigener Finanzmittel zeigen. Des Weiteren ist es erforderlich vorstehende Bestandsänderung mit dem Bestand am Anfang des Haushaltsjahres zusammen zu führen und um den Bestand an fremden Finanzmitteln zu ergänzen. Das Ergebnis zeigt dann die vorhandenen liquiden Mittel der Stadt zum Stichtag des Jahresabschlusses.

---

[1] Die Rückstellung kann ggfls. in 2009 aufgelöst werden. In Übereinstimmung mit dem Krediterlass des IM NRW vom 13.12.2010 werden Grund- (Kredit) und Sicherungsgeschäfte (Swap) zu Bewertungseinheiten nach § 254 HGB n.F. zusammengefasst, so dass die Verpflichtung zur Bildung einer Rückstellung für latente Verluste entfällt und nur der Zinsertrag / -aufwand des aktuellen Haushaltsjahres in der Ergebnisrechnung abzubilden ist.

Die Finanzrechnung enthält für einen Plan-Ist-Vergleich auch die Daten des Haushaltsjahres 2008 in Form der fortgeschriebenen Ansätze (§ 39 GemHVO), zukünftig werden zusätzlich auch die Ergebnisse des Vorjahres mit abgebildet. Für 2008 liegen umstellungsbedingt keine Vorjahreswerte vor.

Bei einem Vergleich der fortgeschriebenen Planansätze mit den Ist-Ergebnissen des Rechnungsjahres ist zu bedenken, dass Erträge / Aufwendungen und Ein- / Auszahlungen nicht zwingend im selben Haushaltsjahr anfallen. Dieser rechnungstechnische Unterschied wurde bei der Planung noch nicht voll umfänglich berücksichtigt. D.h. Zahlungseingänge des Jahres 2008 können durchaus auf Forderungen aus Vorjahren beruhen.

Nachfolgend wird auf wesentliche Abweichungen[2] im Haushaltsjahr 2008 zwischen dem „fortgeschriebenen Ansatz" und dem „Ist-Ergebnis des Rechnungsjahres" eingegangen.

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Für das Haushaltsjahr 2008 waren Einzahlungen im Volumen von 187,9 Mio. € geplant. Nach der vorliegenden Abrechnung wurden tatsächlich 210,8 Mio. € vereinnahmt.

- *Steuern und ähnliche Abgaben (+ 4,8 Mio. €)*

  Einzahlungen aus Gewerbe- und Einkommensteuer sind um 4,0 bzw. 1,0 Mio. € höher ausgefallen als veranschlagt. Teilweise handelt es sich z.B. um Geldeingänge für die Steuerabrechnung des Vorjahres.

- *Zuwendungen und allgemeine Umlagen (+ 4,6 Mio. €)*

  Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz ergaben sich Mehr-Einzahlungen aus den Schlüsselzuweisungen des Landes von 3,7 Mio. €. Auch die Zuweisungen des Landschaftsverbandes u.a. fielen um 0,9 Mio. € höher aus, als geplant.

- *Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (- 2,4 Mio. €)*

  Die Differenz ist u.a. auf einen nicht-zahlungswirksamen Planwert zurückzuführen.

- *Kostenerstattungen, Kostenumlagen (+ 6,9 Mio. €)*

  Für Kostenerstattungen und –umlagen waren 4,2 Mio. € budgetiert. Dem stehen Ist-Einzahlungen in Höhe von 11,0 Mio. € gegenüber. Die Plan-Ist-Abweichung von 6,9 Mio. € verteilt sich auf zahlreiche Einzelansätze, von denen sich die Kostenerstattungen des Landes (+3,1 Mio. €) und die Erstattungen der Eigenbetriebe und verbundener Unternehmen (+3,1 Mio. €) herausheben.

- *Sonstige Einzahlungen (+ 1,7 Mio. €)*

  Die Mehreinnahme muss im Zusammenhang mit Auszahlungen gesehen werden, weil es sich u.a. um Einzahlungen aus der Aufhebung von Festgeldanlagen der Stiftungen handelt, die zeitgleich wieder neu angelegt wurden. Einzahlungen aus Bußgeldern erfolgten rd. 0,4 Mio. € geringer als geplant. Ähnliches gilt auch für die Konzessionsabgaben (- 0,3 Mio. €).

- *Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen (+ 7,9 Mio. €)*

[2] Abweichungen > 0,5 Mio. € oder sonstige Besonderheiten.

Die Abweichung gegenüber der Haushaltsplanung im Volumen von 7,9 Mio. € erklärt sich größtenteils aus der Tatsache, dass hier die Einzahlungen auf Verwahrbüchern gebucht sind, denen keine direkt-zugeordnete Planwerte gegenüberstehen. Des Weiteren waren im Rahmen der Swap-Geschäfte Zins-Einzahlungen von 2,1 Mio. € zu vereinnahmen. Die Einzahlung aus dem Bilanzgewinn 2008 des Eigenbetriebes Abwasser von 5,6 Mio. € fiel um 0,9 Mio. € niederiger aus.

Hinweis: Gegenüber den Einzelbeträgen der Teilrechnungen besteht eine planungstechnische Differenz von rd. 5 T€.

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Gemäß dem fortgeschriebenen Ansatz der Haushaltsplanung 2008 waren Auszahlungen in Höhe von 190,2 Mio. € geplant. Diesem Wert stehen gebuchte Auszahlungen im Ist von 202,1 Mio. € gegenüber.

- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 4,4 Mio. €)

  Wesentlichen Anteil an den erhöhten Auszahlungen haben Erstattungen an die Eigenbetriebe und hier insbesondere Zahlungen an Gebäudewirtschaft für Mieten. Im Übrigen resultiert die Abweichung aus dem Saldo zahlreicher Mehr- / Minderzahlungen.

- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (+ 4,0 Mio. €)

  Hier gelten die o.g. Ausführungen zu den Zinseinzahlungen analog. Über Verwahrbücher wurden Auszahlungen im Volumen von 6,2 Mio. € abgewickelt, denen keine direkten Planwerte gegenüberstehen. Die vorstehenden Mehr-Auszahlungen werden teilweise durch verminderte Auszahlungen für Zinsen im engeren Sinne kompensiert. Nach der Planung waren z.B. Zins-Zahlungen im Volumen von 12,4 Mio. an Kreditinstitute u.ä. vorgesehen. Abgeflossen sind aber nur 9,5 Mio. € (= - 2,9 Mio. €).

- Transferauszahlungen (+ 2,0 Mio. €)

  Die Mehrauszahlungen setzen sich aus einer Reihe positiver und negativer Abweichungen zusammen. Bemerkenswert sind die Minderauszahlungen an den BSV und die KDVZ (-0,9 Mio. €); Betriebskostenzuschuss Abwasserwerk (+ 0,5 Mio. €); Auszahlung der anteiligen Schulpauschale an „Gebäudewirtschaft" (+ 3,1 Mio. € - kein Planwert); Zuschüsse an soz. Einrichtungen (+1,3 Mio. €); Asylbewerberleistungsgesetz (- 0,4 Mio. €); Zahlung Solidarbeitrag (- 1,0 Mio. € - Planwert aber keine Auszahlung) und Zahlung der Kreisumlagen (- 0,6 Mio. €).

- Sonstige Auszahlungen (+ 1,3 Mio. €)

  Hierunter werden alle Auszahlungen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung subsummiert, aber auch die Personalkostenzahlungen an die Mitarbeiter der Bäder GmbH etc. Bei letzeren handelt es sich um durchlaufende Posten, für die kein Planwert eingestellt wurde. Eine entsprechende Einzahlung wird unter Kostenerstattungen, Kostenumlagen ausgewiesen.

Ein- und Auszahlungen für Investitionen (- 1,2 Mio. €)

Geplant waren für investive Maßnahmen Auszahlungen im Volumen von 16,0 Mio. € und Einzahlungen von 11,3 Mio. €. Nach der Finanzrechnung wurden 9,0 Mio. € ausgezahlt und 5,6 Mio. € vereinnahmt. Damit steht einem geplanten Saldo aus der Investitionstätigkeit von -4,7 Mio. der tatsächliche Saldo von – 3,4 Mio. € gegenüber.

Die Minderein- und –auszahlungen von 1,2 Mio. € im Ist gegenüber den Planwerten sind überwiegend auf geplante, aber noch nicht ausgeführte bzw. abgerechnete und bezahlte Maßnahmen im Haushaltsjahr 2008 zurückzuführen.

Ein- und Auszahlungen der Finanzierungstätigkeit

Für den Bereich der Finanzierungstätigkeit wurden nur die Einzahlungen aus aufgenommenen Investitionskrediten bzw. die Rückflüsse von an Dritte vergebene Darlehen auf der Einnahmeseite geplant. Analoges gilt für die Auszahlungen. Ein- und Auszahlungen von Liquiditätskrediten sind planungstechnisch nicht vorgesehen. Rechnet man die entsprechenden Beträge bei dem fortgeschriebenen Ansatz des Haushaltsjahres hinzu, so zeigt sich ein fast augeglichener Saldo zum Ist-Ergebnis des Jahres 2008.

Soll- / Ist-Bestand an liquiden Mitteln

Im Rahmen der Finanzplanung des Jahres 2008 war die Stadt von einem negativen Bestand an liquiden Mitteln von rd. 8,6 Mio. € ausgegangen. Darin sind aber – wie oben ausgeführt – nicht die finanziellen Mittel aus Liquiditätskrediten eingerechnet.

Nach dem Ist-Ergebnis verfügt die Stadt am 31.12.2008 über einen Bestand an liquiden Mitteln im Volumen von rd. 11,0 Mio. €. Der Bestand stimmt mit dem Wertansatz in der Bilanz überein.

Zum besseren Verständnis wird nachstehend eine modifizierte Finanzrechnung dargestellt:

Nr.	Bezeichnung	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist-Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz / Ist
9	Einzahlungen Verwaltungstätigkeit	187,9 Mio. €	210,8 Mio. €	22,9 Mio. €
16	./. Auszahlungen Verwaltungstätigkeit	- 190.2 Mio. €	- 202,2 Mio. €	12,0 Mio. €
17	= Saldo Verwaltungstätigkeit	-2,3 Mio. €	8,6 Mio. €	10,9 Mio. €
23	Einzahlungen Investitionstätigkeiten	11,3 Mio. €	5,6 Mio. €	- 5,7 Mio. €
30	./. Auszahlungen Investitionstätigkeit	- 16,0 Mio. €	- 9,0 Mio. €	- 7,0 Mio. €
31	= Saldo Investitionstätigkeit	- 4,7 Mio. €	-3,4 Mio. €	1,3 Mio. €
32	Finanzmittelüberschuss / -bedarf	-7,0 Mio. €	5,2 Mio. €	12,2 Mio. €
33	Aufn. + Rückfl. von inv. Darlehen	4,8 Mio. €	5,0 Mio. €	0,2 Mio. €
34	Aufn. Liquiditätskredite *)	61,1 Mio. €	61,1 Mio. €	0,0 Mio. €
35	./. Tilgung + Gewährung von Darlehen	- 6,5 Mio. €	- 6,7 Mio. €	0,2 Mio. €

Nr.	Bezeichnung	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres	Ist-Ergebnis des Rechn.-Jahres	Vergl. Ansatz / Ist
36	./. Tilgung Liquiditätskredite *)	- 55,1 Mio. €	- 55,1 Mio. €	0,0 Mio. €
37	= Saldo Finanzierungstätigkeit	4,3 Mio. €	4,3 Mio. €	0,0 Mio. €
38	Bestandsänderung (32 + 37)	-2,7 Mio. €	9,5 Mio. €	12,2 Mio. €
39	Anfangsbestand an Finanzmitteln **)	6,2 Mio. €	6,2 Mio. €	0,0 Mio.€
40	Bestand fremder Finanzmittel **)	- 4,7 Mio. €	- 4,7 Mio. €	0,0 Mio. €
41	Liquide Mittel (38+39+40)	-1,1 Mio. €	11,0 Mio. €	12,1 Mio. €

Die Tabelle enthält Rundungsdifferenzen.

*) Aufnahme bzw. Tilgung von Liquiditätskrediten werden im fortgeschriebenen Planansatz nicht ausgewiesen.
**) analoges gilt für den Bestand an eigenen und fremden Finanzzmitteln.

Der Anfangsbestand an Finanzmitteln lt. Finanzrechnung weicht von dem Bestand lt. Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 ab. Die Differenz ist darin begründet, dass in der Bilanz alle finanziellen Mittel berücksichtigt werden, in der entsprechenden Zeile der Finanzrechnung aber nur die eigenen Mittel der Stadt Bergisch Gladbach. Von der Stadt verwaltete Dritt-Mittel – hierzu gehören neben den Geldern der Stiftungen Lindgens und Scheurer auch schulträgerfremde Gelder auf Schulgirokonten und in besonderem Maße die positiven / negativen Bestände auf den Finanzmittelkonten der Eigenbetriebe und dem Berufsschul-Zweckverband – stehen unter fremde Finanzmittel (Zeile 40) .

4.5 Kennzahlen zur Haushaltswirtschaft bzw. zum Jahresabschluss

Dem System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ist immanent, dass die Steuerung des kommunalen Haushalts anhand von Zielen und Kennzahlen erfolgen soll. Den Kommunen stehen mit der Umstellung auf das System der Doppik ergänzende bzw. andere Daten zur Kontrolle der Haushaltsführung zur Verfügung, als zu Zeiten der Kameralistik.

Für Bergisch Gladbach bildet die Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 und der vorliegende Abschluss des Haushaltsjahres 2008 die Grundlage, um erstmals bilanz-/ertragswirtschaftliche Kennzahlen zu ermitteln.

Hinweis: Bestandteil des Lageberichtes soll gemäß § 48, Satz 5 GemHVO auch eine Analyse der bedeutsamen produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO sein. Da die Stadt Bergisch Gladbach in einem separaten Bericht „Zielsteuerung 2008" die produktorientierten Leistungsmengen und -kennzahlen veröffentlicht hat und über den Grad der Zielerreichung unterjährig im Rahmen des Controllings berichtet, wird an dieser Stelle auf eine Erörterung insoweit verzichtet und auf die genannten Berichte verwiesen.

Grundlage für die nachfolgende Abbildung der Haushaltswirtschaft und des Jahresabschlusses in Form von Kennzahlen bildet das NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen. [3]

[3] RdErl. d. Innenministeriums v. 1.10.2008 34-48.04.05/01 – 23223/08

Die betriebs- und finanzwirtschaftlichen Kennzahlen sind darin nach folgenden Gruppen strukturiert:

- Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation
- Kennzahlen zur Vermögenslage
- Kennzahlen zur Finanzlage
- Kennzahlen zur Ertragslage

Nachstehend werden einige ausgewählte Kennzahlen näher erläutert. Das vorgestellte Spektrum an Kennzahlen erhebt keinen Anspruch auf abschließende Vollständigkeit.

Kennzahlen sollen bei der betriebswirtschaftlichen Analyse des „Unternehmens Stadt" helfen; dies gilt insbesondere bei zukünftigen Mehrjahres-Vergleichen.

4.5.1 Kennzahlen zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Kennzahlen in diesem Bereich befassen sich mit der Ausstattung der städtischen Bilanz mit Eigenkapital und seiner Veränderung sowie der relativen Höhe des Fremdkapitals.

Bei der Interpretation der Kapital-Kennzahlen ist zu beachten, dass das Eigenkapital in der Kommunalbilanz der Stadt nur eine rein rechnerische Größe der Vergangenheit symbolisiert. Deshalb können Rückschlüsse auf die aktuelle Leistungsfähigkeit aus den Kennzahlen nicht abgeleitet werden, zumal große Teile des Vermögens auf der Aktivseite der Bilanz nur schwerlich oder überhaupt zu veräußern sind und somit nicht für eine eventuelle Befriedung von Gläubigeransprüchen zur Verfügung stehen.

Eigenkapitalquote 1 + 2

Beschreibung / Interpretation	**Formel**	**01.01.**	**31.12.**
(1) Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (Bilanzsumme).	$\frac{\text{EK x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$	45,4 %	45,0 %
(2) Anteil Eigenkapital + Sonderposten am Gesamtkapital (Bilanzsumme).	$\frac{\text{EK+SoPo x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$	58,4 %	57,5 %
Zu den hier ausgewiesenen Sonderposten (SoPo) gehören standardmäßig die SoPo aus Zuwendungen u. Beiträgen (nicht Gebühren). Bei der Stadt Bergisch Gladbach auch die SoPo wegen Stiftungsvermögen, weil dieses Vermögen der Stadt langfristig zur Verfügung steht. Grundsätzlich gilt, je höher die Quote ausfällt, desto tendenziell unabhängiger ist die Stadt von Fremdkapitalgebern.			

Eigenkapitalveränderungsrate (EKVR)

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Relative Veränderung des Eigenkapitals gegenüber dem Stand der Eröffnungsbilanz.	EK aktuelles Jahr x 100 / EK Eröffnungsbilanz	entfällt	- 0,6 %
EKVR zeigt, wie sich das EK im Zeitablauf verändert, und gibt Hinweise auf die Erreichung des Ziels der intergenerativen Gerechtigkeit. Hiernach ist mindestens der Erhalt des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals zu fordern.			

Aufwandsdeckungsgrad

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Deckung der ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge.	Ordentliche Erträge x 100 / ordentliche Aufwendungen	entfällt	99,3 %
Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2008 konnten nicht in voller Höhe aus den ordentlichen Erträgen gedeckt werden.			

4.5.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

Das kommunale Vermögen bildet einen wesentlichen Bestandteil der Bilanz. Seine Zusammensetzung und Höhe beeinflusst in hohem Maße die wirtschaftliche Lage der Stadt. Die Kennzahlen sollen Tendenzen und Entwicklungen aufzeigen, wie sich die Vermögenssituation der Stadt im Zeitablauf verändert.

Anlagenintensität

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis zwischen Anlagevermögen und Gesamtvermögen der Aktivseite.	Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen	91,0 %	90,4 %
Eine hohe Anlagenintensität sollte i.d.R. mit einem hohen Anteil an Eigenkapital und/oder langfristiges Fremdkapital finanziert werden.			

Infrastrukturquote (Stadt-spezifisch)

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis Infrastrukturvermögen (+ investive RAP) zum gesamten Vermögen (Bilanzsumme).	Infrastrukturvermögen+invest. RAP x 100 / Bilanzsumme	32,4 %	31,7 %
Zum „normalen" Infrastrukturvermögen wurden investive Teile der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten hinzugerechnet (Mittelvergabe an Dritte zur Investition in Infrastrukturanlagen). Die Verminderung gegenüber dem Ausgangswert zeigt, dass die lfd. Abschreibungen nicht in vollem Umfang durch Neuinvestitionen kompensiert wurden und in soweit, bei der Infrastruktur ein Vermögensverzehr eingetreten ist.			

Abschreibungsintensität

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Belastung der Ergebnisrechnung durch bilanzielle Abschreibungen.	bilanzielle Afa x 100 / ordentliche Aufwendungen	entfällt	3,6 %
Kennzahl zeigt, welcher Anteil der Ergebnisrechnung weitestgehend unbeeinflussbar ist.			

Drittfinanzierungs-Quote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Entlastung der Ergebnisrechnung durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	Erträge aus Auflösung SoPo x 100 / Afa Sachanlagevermögen	entfällt	64,0 %
Rund 2/3 der jährlichen Abschreibungen werden durch Auflösung von Sonderposten neutralisiert. Gleichzeitig zeigt sich die Abhängigkeit der Stadt von Zuwendungen Dritter bei Investitionen.			

Brutto-Investitionsquote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Ersatz des Substanzverlustes in Form von Abschreibungen u. Anlagenabgängen durch neue Investitionen.	(Anlagenzugänge + Zuschreibungen) x 100 / (Anlagenabgänge + Afa)	entfällt	84,4 %
In 2008 waren die Anlagenabgänge und bilanziellen Abschreibungen höher als die Anlagenzugänge und –zuschreibungen. Es ist ein Substanzverlust eingetreten.			

Re-Investitionsquote (Sachanlagen)

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis Neu-Investitionen zu Abschreibungen auf Anlagevermögen	Anlageninvestitionen x 100 / Afa Sachanlagen	k.A.	86,8 %
Die Quote zeigt, in welchem Umfang die Stadt Neuinvestitionen durch Abschreibungen erwirtschaftet. Nur wenn es gelingt, die Investitionsquote regelmäßig über 100% zu halten, wird eine Überalterung der Sachanlagen verhindert. Kennzahl sollte wegen der häufig über mehrere Jahre erfolgenden Investitionen (vgl. Regionale 2010) nur langfristig betrachtet werden.			

4.5.3 Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahlen zur Finanzlage sollen verdeutlichen, in welchem Umfang die Stadt ihren Zahlungsverpflichtungen zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen nachkommen kann und wie ihre Finanzkraft einzuschätzen ist.

Liquidität 2. Grades

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch liquide Mittel zzgl. kurzfr. Forderungen.	(liquide Mittel + kurzfr. Fordg.) x 100 / kurzfr. Verbindlichkeiten	26,6 %	22,8 %
Das Verhältnis hat sich zum Jahresende verschlechtert: die liquiden Mittel sind zwar angestiegen, die kurzfristigen Forderungen sind zurückgegangen, gleichzeitig haben sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöht.			

Kurzfristige Verbindlichkeitenquote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis der kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Gesamtvermögen.	kurzfr. Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme	14,4 %	14,7 %
Die kurzfristigen Verbindlichkeiten haben stichtagsbezogen zugenommen.			

Anlagendeckungsgrad 1 + 2:

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
(1) Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital	EK x 100 / Anlagevermögen	49,8 %	49,7 %
(2) Deckung des Anlagevermögens durch langfristig verfügbares Eigen- und Fremdkapital.	EK+SoPo+langfr. FK x 100 / Anlagevermögen	74,0 %	73,7 %
Nach derzeitigem Stand sind rd. 50 % des Anlagevermögens durch das Eigenkapital finanziert, weitere rd. 21 % sind durch langfristiges Fremdkapital finanziert. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es in der Regel auch langfristig finanziert werden. Dieses Finanzierungskriterium, in der Privatwirtschaft als „Goldene Bilanzregel" bekannt, sollte grundsätzlich auch für die Kommunalfinanzierung gelten.			

Zinslast-Quote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis zwischen den ordentlichen Aufwendungen und den Aufwendungen aus Finanzaktivitäten	Finanzaufwendungen x 100 / ordentliche Aufwendungen	entfällt	3,7 %
Die Zinslastquote thematisiert, in welchem Umfang die Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit den Haushalt belasten. Hohe Zinslastquoten sind ein Indiz für eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Kommune - heute (und morgen).			

Dynamischer Verschuldungsgrad

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis effektive Verschuldung (Fremdkapital ./. liquide Mittel ./. kurzfr. Forderungen) zum Saldo lfd. Verwaltungstätigkeit	eff. Verschuldung x 100 / Saldo lfd. Verwaltungstätigkeit	k. A.	26 Jahre
Dynamischer Verschuldungsgrad zeigt die Dauer einer denkbaren Entschuldung unter der Annahme gleichbleibender Bedingungen (c.p.).			

4.5.4 Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahlen zur Ertrags- und (-aufwandslage) dienen der Beurteilung des kommunalen Erfolges und zeigen die Struktur und Entwicklung auf.

Netto-Steuer-Quote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Beitrag des gemeindlichen Steueraufkommens an den ordentlichen Erträgen der Stadt.	(Steuererträge - GewSt-Umlage – Fonds deutsch. Einheit) / (ordentl. Erträge - GewSt-Umlage – Fonds deutsch. Einheit)	entfällt	57,5 %
Quote zeigt, in welchem Umfang sich die Stadt aus eigenen Mitteln finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.			

Zuwendungs-Ertrags-Quote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Anteil der staatlichen u. sonstigen Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen der Stadt	Zuwendungen x 100 / ordentliche Erträge	entfällt	20,9 %
Quote zeigt die Abhängigkeit der Gemeinde von staatlichen Zuschüssen.			

Personal-Quote 1 + 2:

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
(1) Personalaufwendungen im Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen	Personalaufwand x 100 / ordentliche Aufwendungen	entfällt	21,6 %
(2) dto. im Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen.	Personalaufwand x 100 / ordentliche Erträge	entfällt	21,7 %
Die Personalaufwendungen machen einen erheblichen Anteil an den Gesamtaufwendungen aus; das spricht für die Beachtung dieser Kennzahlen - vor allem auch deshalb, weil die Reduzierung von Personalaufwendungen i. d. R. nicht kurzfristig möglich ist. Bei der Interpretation der Kennzahl ist zu beachten, das Personal ein Inputfaktor zur Erstellung kommunaler Outputs ist. Eine niedrige Quote ist daher nicht notwendigerweise ein positives Signal. Stellenabbau, und damit eine Reduktion der Personalaufwandsquote wird, bzw. kann in vielen Fällen zu Qualitätsminderung führen.			

Transfer-Ertrags-Aufwands-Quote

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis zwischen den Erträgen aus Zuwendungen u. Transferleistungen und den Transferaufwendungen.	(Zuwendungen + Transfererträge) x 100 / Transferaufwendungen	entfällt	51,1 %
Quote zeigt die relative Belastung des Haushalts mit Transferleistungen.			

Re-Investitionsquote (Sachanlagen)

Beschreibung / Interpretation	Formel	01.01.	31.12.
Verhältnis Neu-Investitionen zu Abschreibungen auf Anlagevermögen	Anlageninvestitionen x 100 / Afa Sachanlagen	k.A.	86,8 %
Die Quote zeigt, in welchem Umfang die Stadt Neuinvestitionen durch Abschreibungen erwirtschaftet. Nur wenn es gelingt, die Investitionsquote regelmäßig über 100 % zu halten, wird eine Überalterung der Sachanlagen verhindert. Kennzahl sollte wegen der häufig über mehrere Jahre erfolgenden Investitionen (vgl. Regionale 2010) nur langfristig betrachtet werden.			

5. Chancen und Risiken künftiger Entwicklungen

Während der Jahresabschluss grundsätzlich vergangenheitsbezogen ist, enthält der Lagebericht auch zukunftsorientierte Elemente. Dieses bezieht sich nicht nur auf die Angaben über wesentliche Ereignisse nach dem Abschlussstichtag, sondern auch auf die Darstellung zukünftiger Entwicklungen auf anderen Geschäftsfeldern.

Im Rahmen der Berichtspflicht werden deshalb von der Verwaltung die Chancen und Risiken, die eine wesentliche Auswirkung auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt haben können, dargestellt.

Neben einer allgemeinen konjunkturellen Belebung und den damit einhergehenden Verbesserungen im Bereich der Steuer- und Gebühreneinnahmen, Absenkung der Ausgaben für Sozialleistungen etc., liegen die Chancen der Stadt gesamtstädtisch gesehen in den Händen der 2010 neu gegründeten Anstalt des öffentlichen Rechts für Stadtentwicklung.

Im Rahmen dieser Institution werden Chancen durch die Entwicklung von Flächenpotenzialen (insbesondere für gewerbliche Ansiedlungen) gesehen, die sowohl im Rahmen der Realisierung als auch in der langfristigen Perspektive positive Aspekte für den Standort Bergisch Gladbach bedeuten. Diese Chancen entstehen zum einen im Zuge der Investitionen, zum anderen in der Folge der Nutzung durch Unternehmen und/oder Privatpersonen über Primär- und Sekundäreffekte, die Arbeitsplätze, Steueraufkommen und Nachfrage erhalten bzw. generieren und sich somit förderlich auf die gesamtwirtschaftliche Lage der Stadt auswirken werden.

Konkrete wesentliche Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Bergisch Gladbach, die sich entweder als bestandsgefährdend erweisen und damit die stetige Aufgabenerfüllung und die Haushaltswirtschaft infrage stellen oder einen erheblichen Einfluss auf die städtische Vermögens-, Schulden-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten, waren zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2008 nicht bekannt.

Dessen ungeachtet sollte der Rat darüber nachdenken ein „Risikomanagement" – analog den Einrichtungen der Privatwirtschaft (siehe KonTraG) – einzuführen, auch wenn hierzu derzeit noch keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Ein solches Risikofrüherkennungssystem könnte helfen, Risiken zu identifizieren und zu bewerten. Darüber hinaus könnten fundiert Maßnahmen zur Risikobewältigung und Steuerung eingeleitet, überwacht, kommuniziert und dokumentiert werden.

Auf sonstige Risiken, die zwar der Annahme des Fortbestandes der kommunalen Handlungsfähigkeit nicht entgegenstehen, die sich aber im Falle ihres Eintretens in wesentlichem Umfang nachteilig auf den Haushaltsverlauf und somit auf die künftige Entwicklung der Stadt auswirken, wird nachstehend hingewiesen:

- Für den Bereich der Infrastruktur stehen auch in den kommenden Jahren nur im begrenzten Umfang finanzielle Mittel zur Verfügung. Damit erhöht sich mittel- und langfristig sowohl das Risiko für die Bausubstanz wegen unterlassener oder nicht im wünschbaren Maß durchzuführender Instandhaltungen.

- Die aus ökologischer Sicht notwendigen Investitionen des Sondervermögens Abwasser in Anlagen zur Regenwasserrückhaltung und -klärung führen letztlich zu steigenden Regenwassergebühren und damit zu einer höheren Finanzbelastung, der vom städti-

schen Haushalt für die Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze zu entrichten ist. Ceteris paribus sinken die finanziellen Spielräume für notwendige Straßenunterhaltungsarbeiten etc. Vor dem Hintergrund der gesamt-städtischen Finanzlage müssen sich auch die gebührenfinanzierten Haushalte verstärkt auf das, aus übergeordneten Gesichtspunkten wirtschaftlich-machbare konzentrieren.

- Zur Daseinsvorsorgepflicht der Stadt für ihre Bürger gehört auch die Bereitstellung von Begräbnisflächen. Den festzustellenden Veränderungen bei den Bestattungsgewohnheiten (Urnengräber, anonyme Beisetzungen) kann die städtische Gebührenstruktur nur in beschränktem Maße Rechnung tragen. Bedingt durch die gesetzlichen Vorgaben der kommunalen Gebührenkalkulation kann nur im dort definierten zulässigen Rahmen versucht werden, das geänderte Nachfrageverhalten durch Anpassungen auszugleichen.

  Als weiteres Risiko sind die, an Kirchengemeinden oder private Träger vergebenen Bestattungsflächen zu betrachten. Falls diese ihren Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung und Pflege der Friedhöfe nicht mehr nachkommen, müsste die Stadt Bergisch Gladbach u. U. entsprechende Aufwendungen tragen, ohne zuvor Gebühren eingenommen zu haben.

- Die Konditionen für Liquiditätskredite sind im Durchschnitt des Jahres 2008 im Vergleich zum langjährigen Mittel als äußerst günstig einzustufen.

  Sollte allerdings in absehbarer Zeit eine Trendwende eintreten, ist es wichtig, rechtzeitig im Rahmen des städtischen Finanzmanagements gegenzusteuern und u. U. mittel- / langfristige Zinskonditionen festzuschreiben. Immerhin belastet eine Erhöhung der Zinsen um 1%-Punkt die Ergebnisrechnung der Stadt mit einem zusätzlichen Zinsaufwand von rd. 700 TEUR.

Aus der Schuldenfalle wird Bergisch Gladbach aus eigener Kraft nicht ohne weiteres herauskommen. Neben einer stringenten Haushaltsführung und Ausgabendisziplin auf allen Ebenen der Stadt, bedarf es der Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund.

6. Organe und Mitgliedschaften nach § 95 Abs. 2 GO NRW

Bürgermeister **Orth, Klaus**	Altenberger-Dom-Verein, Mitglied des Vorstandes Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Verbandsvorsteher und Mitglied Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Aufsichtsratsmitglied Bürgerstiftung für Bergisch Gladbach, Mitglied des Kuratoriums Bensberger Bürgerstiftung , Mitglied des Kuratoriums Fluglärmkommission, Mitglied GVV- Kommunalversicherung Mitglied des Regionalbeirats Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach Kulturstiftung Kreissparkasse Köln, Mitglied des Kuratoriums Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Vorsitzender des Aufsichtsrates und Mitglied der Gesellschafterversammlung Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Köln, Mitglied des Kuratoriums Volksbund Deutsche Kriegsgräber e.V., OV Bergisch Gladbach, Vorsitzender
Erster Beigeordneter/ **Techn.Beigeordneter** **Schmickler, Stephan**	Rechtsrheinischer Kölner Randkanal, Mitglied der Verbandsversammlung Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Beigeordneter/Stadtkämmerer **Mumdey, Jürgen**	Fachverband der Kämmerer Nordrhein-Westfalen, Mitglied Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied des Aufsichtsrates Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellvertretender Verbandsvorsteher GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Fachbereichsleiter 1 **Kreilkamp, Bernd**	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, KGST, Mitglied Kommunaler Arbeitgeberverband, KAV, Mitglied

Mitglieder des Rates – Stand zum Stichtag 31.12.2008

Albrecht, Jürgen -	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach, Mitglied des Aufsichtsrates, Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach, Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Alef, Doris - bis 9.6.2008	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied
Arndt Dr., Hartwig – Lehrer	
Baeumle-Courth Dr., Peter - Dozent-	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Beisenherz-Galas, Renate - Studienrätin	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Bendig, Kristel -	Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V., ordentliches Mitglied
Bernhauser Dr., Johannes - Dipl.Pädagoge	GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Binzberger, Herigart – Sekretärin i.R.	
Brenneiser, Herbert – Managing Director	
Cüpper, Thomas – Kaufm. Angestellter	Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Aufsichtsratsmitglied Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied
Ditzler, Manfred – Rentner	
Fischer Dr. Reimer – Dipl-Ing. i.R.	Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Dresbach, Erich – Rentner	
Galley, Thomas – Programmierer	
Gerhards, Markus – Softwareentwickler	GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung

Graner, Angelika – Dipl.-Ing. Architektin	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach, Mitglied des Aufsichtsrates
Haasbach, Hans-Josef - Rechtsanwalt	
Hagen, Karl Hubert – Landwirt	Altenberger-Dom-Verein, ordentliches Mitglied Staatliches Forstamt Bergisch Gladbach-Königsforst, Mitglied des Forstausschusses Stiftung Zanders, Kuratoriumsmitglied Krankenhausausschuss Marienkrankenhaus, Mitglied
Hammelrath, Helene – Bankbetriebswirtin	
Hoffstadt, Peter – Dipl.-Sozialarbeiter	GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied
Holtzmann, Petra – Assistentin	Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Höring, Lennart – Referent	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Jung, Otto -	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg, Mitglied des Aufsichtsrates
Kamp, Wilfried – Gastronom	
Kassner Dr., Uwe – Rentner	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach, Mitglied u. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates, Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Kierspel, Johann -	Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Aufsichtsratsmitglied Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Kleine, Nikolaus – Dipl.-Betriebswirt	Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Koshofer, Ingrid – Geschäftsführerin	Altenberger-Dom-Verein, stellvertretendes Mitglied Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied
Krafft, Jürgen – Rentner	

Kraus, Robert Martin – Beamter	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Kreft, Annegret – Dipl.-Sozialarbeiterin	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied, Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, stellv. Aufsichtsratsmitglied
Lahres, Christopher - ab 17.06.2008	
Lang, Heinrich – Stadt-Verwaltungsdirektor i.R.	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied, Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung,
Lehnert, Elke – Hausfrau	Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung, Stadtverband für Entwicklungs-zusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V., stellv. Mitglied
Lob, Ulrich – Bäckermeister	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied
Miege Dr. Wolfgang – Ltd. Gesamtschuldirektor a.D.	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied
Mömkes, Peter – Oberstudienrat	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied, Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, stellv. Aufsichtsratsmitglied
Müller Dr., Christian – Informatiker	
Münzer, Mechthildis – Leiterin Familienbildungswerk	GL Service gGmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Nagelschmidt, Felix – Immobilienverwalter	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg, Mitglied der Gesellschafter-versammlung, Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, stellv. Mitglied der Gesellschafterversammlung
Neu, Gerhard – Technischer Zeichner	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach, Mitglied des Aufsichtsrates
Pütz, Lasse – Rechtsreferendar	
Reitz, Wilhelm Toni – Malermeister	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied, Betriebsgesellschaft Bergischer Löwe mbH, stellv. Aufsichtsratsmitglied, Stadtverband für Entwicklungszusammen-arbeit Bergisch Gladbach e.V., ordentliches Mitglied

Rickes, Roland – Unternehmensberater	Ab 24.4.2008 statt Frau Ryborsch: Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Rosen, David – Steuerfachangestellter	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Rybosch, Magda – Buchhändlerin bis 1.5.2008	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach
Sacher, Peter -	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Schacht, Rolf-Dieter – Dipl.-Ing.	
Scheerer, Anna Maria – Lehrerin	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied
Schmidt-Bolzmann, Renate - Hausfrau	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Schneeloch, Günter – Rechtsanwalt	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach
Schneider, Waltraud – Rentnerin	
Schnöring, Detlef – Sozialarbeiter ab 16.5.2008	
Schöttler-Fuchs, Brigitte - Leiterin Kindertagesstätte	Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied, GL-Service, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Schreiber, Gabriele – Erzieherin	
Schu, Rosemarie -	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied, Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V., stellv. Mitglied, Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied
Schütz, Fabian – Student	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach
Schwamborn, Werner-Dieter Versicherungsvertreter	

Sonnenberg, Hendrik – Kaufmann	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Sprenger, Markus – Fleischer	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied, Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg, stellv. Mitglied des Aufsichtsrates,
Steffen Dr., Ulrich – Chemiker	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates
Vollmer, Irmgard -	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, stellv. Mitglied
Waldschmidt, Klaus W. - Rechtsanwalt	Gemeinnützige Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH, Mitglied des Aufsichtsrates, Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH, Mitglied des Aufsichtsrates Städte- und Gemeindebund -Mitgliederversammlung, ordentliches Mitglied, Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH, Mitglied der Gesellschafterversammlung
Willnecker, Josef – Kaufmann	Berufsschulverband Bergisch Gladbach, Rösrath, Overath, Odenthal und Kürten, Mitglied
Winkels, Berit – Steuerfachangestellte	
Winzen Dr., Peter – Historiker	
Zalfen, Michael – Kaufm. Angestellter	
Ziffus, Günter – Lehrer	ab 24.4.2008 statt Frau Ryborsch: Kreissparkasse Köln, Mitglied des Regionalbeirats Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 10.03.2011

i.V. Stephan Schmickler

.....

(Schmickler – 1. Beigeordneter / Stadtbaurat)